



AUF DEM WEG ZUR NEUEN MEHRHEIT

Der 9. November 1989 markiert einen historischen Epochenwechsel in Deutschland, in Europa und auch weltweit. Die Öffnung der Berliner Mauer am Abend des 9. November und die nach Tausenden zählende Menge glücklicher DDR-Bürger, die am Übergang Bornholmer Straße in den Westteil der Stadt strömten, waren das sichtbare Zeichen einer Entwicklung, die sich im Verlaufe des Jahres 1989 immer stärker herausgebildet hatte.

In einer friedlichen Revolution hatten die Bürger der DDR das längst brüchige kommunistische Regime zu Fall gebracht. Keimzellen der friedlichen Revolution waren u.a. die protestantischen Kirchen, besonders in Berlin und Leipzig. Von dort sprang der Funke im Herbst 1989 auf die ganze Republik über. Ermutigt wurde die Bewegung von der durch Michail Gorbatschow eingeleiteten Politik von ‚Glasnost‘ und ‚Perestroika‘. Am 10. November fand vor dem Schöneberger Rathaus in Berlin eine Kundgebung statt. Der Bundeskanzler Helmut Kohl hatte seinen Besuch in Polen zunächst unterbrochen und war nach Berlin gekommen. Auch der Regierende Bürgermeister Walter Momper und Willy Brandt nahmen an der Veranstaltung teil. Von Willy Brandt wurde der Ausspruch „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört“ zum viel zitierten und plakatierten Leitgedanken für die zukünftige Entwicklung.

Im Gegensatz zur Bundesregierung und der CDU war die Meinungsbildung in der SPD im Hinblick auf die Verfahrensschritte zur deutschen Einigung eher uneinheitlich. Auf dem Berliner Programmparteitag im Dezember 1989 traten die Meinungsunterschiede deutlich hervor. Willy Brandt plädierte für die baldige Einheit der deutschen Nation, Oskar Lafontaine, der hier schon seine Kandidatur für die Kanzlerschaft vorbereitete, votierte für eine ‚zurückhaltendere Gangart‘. In einer sogenannten ‚Berliner Erklärung‘ bekannte sich die SPD dennoch klar zu einer bundesstaatlichen Einheit als Ziel des Einigungsprozesses.

Bei den entscheidenden Zwei-plus-Vier-Gesprächen im Frühjahr 1990 zeichnete sich ab, dass von den Alliierten kein grundsätzlicher Vorbehalt gegen



eine deutsche Wiedervereinigung zu erwarten war. In der ‚Noch DDR‘ waren für den 18. März die ersten freien Volkskammerwahlen angesetzt. Bereits am 7. Oktober 1989 hatte sich hier, nach 43jähriger Zwangsvereinigung, eine neue sozialdemokratische Partei, die SPD, in einem Pfarrhaus in Schwante bei Oranienburg neu gegründet. Die CDU nutzte im Wahlkampf hemmungslos Mitglieder und Infrastruktur der Ost-CDU, einer ehemaligen Blockpartei. „Mit der DM als Hebel und dem Versprechen ‚blühende Landschaften‘ im Osten zum Nulltarif für den Westen sollte die Vereinigung vorangetrieben und die Wähler in Ost und West für den Kanzler und seine Partei gewonnen werden.“¹

Am Wahlabend erlebte die SPD eine große Enttäuschung. „Die SPD erhielt nur 21,8 % der Stimmen, während die von Kohl gestützte „Allianz für Deutschland“ mit der gewendeten Ost-CDU mit 48,1 % der große Gewinner war.“² Diese „Allianz für Deutschland“ bildete dann mit der SPD und den Liberalen die erste demokratisch legitimierte Regierung in der DDR.

Die Delegiertenkonferenz der SPD hatte bereits am 14. Januar in Berlin die Annahme des traditionsreichen Namens „Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ beschlossen. Die 70jährige Käthe Woltemath hatte in einer begeistert aufgenommenen Rede zuvor erklärt: „Wir sind die SPD, die saubere, ehrwürdige, traditionsreiche Partei der Sozialdemokraten in Deutschland. Diesen Namen wollen wir hüten als ein Vermächtnis all derer, die dafür lebten und starben.“³

Am 27. September des Jahres 1990 vereinigten sich die Ost-SPD und die West-SPD auf dem Parteitag in Berlin.

Bei der Abstimmung über den Einigungsvertrag im Deutschen Bundestag stimmten alle SPD-Abgeordneten mit Ja. Am 3. Oktober um 0 Uhr wurde die staatliche Einheit Wirklichkeit.

Das Land NRW richtete als erstes Bundesland ein Kontaktbüro in Ost-Berlin ein. Mit einem Betrag von 12 Millionen DM unterstützte die Landesregierung Partnerschaften mit DDR-Gemeinden. Durch Vermittlung des SPD-Bezirks OWL knüpfte der Gütersloher Ortsverein Kontakte zur SPD in Waren (Müritz). Die Gütersloher Sozialdemokraten verfolgten mit großem Interesse und intensiver Anteilnahme die ersten Schritte zu einer demokratischen Entwicklung in der DDR. Diesen Prozess überall zu unterstützen, wo Hilfe nötig war und gewünscht wurde, war erklärtes Ziel des Ortsvereins. Die Ortsvereinsvorsitzende Christine Göbel und der Fraktionsgeschäftsführer Fritz Spratte nahmen Kontakt zur Warener SPD auf und organisierten die



ersten Treffen und Aktionen. Bereits am 14. November 1989 hatte sich in Waren, noch unter der Bezeichnung SDP, der erste sozialdemokratische Ortsverein gegründet. Zum ersten Vorsitzenden wurde der Warener Lehrer Konrad Schliemann gewählt. Im Gegensatz zu den Blockparteien konnte die SPD auf keine vorhandene Organisation zurückgreifen. Vom Stand Null aus mussten alle personellen und sachlichen Voraussetzungen für eine handlungsfähige politische Partei neu geschaffen werden. Hier gab es einen enormen Informationsbedarf und natürlich auch Mangel an allen notwendigen Ressourcen. Im Jahr 1990 mussten die sozialdemokratischen Freunde in Waren fünf Wahlkämpfe bestehen.

Es waren die Volkskammerwahl am 18. März, die Kommunalwahl am 6. Mai, die Landtagswahl am 14. Oktober und die Bundestagswahl am 2. Dezember 1990. Professionelle Unterstützung in den Wahlkämpfen war darum eine der vordringlichsten Aufgaben.

Vom 2. bis zum 4. März gab es den ersten persönlichen Kontakt zwischen den Ortsvereinen Gütersloh und Waren. Eine Delegation von 11 SPD-Mitgliedern, unter ihnen der Landtagsabgeordnete Jürgen Jentsch und der Kämmerer der Stadt Gütersloh, Dr. Wigglinghaus, machte sich auf den Weg, um Hilfe und Unterstützung im Wahlkampf für die anstehende Volkskammerwahl am 18. März zu leisten. Sehr beeindruckt waren die Gütersloher von der herzlichen Aufnahme durch die Warener SPD-Mitglieder. Selbstbewusst und mit großem Verantwortungsgefühl für die Menschen in der wunderschönen Region der mecklenburgischen Seenlandschaft, stellten sie sich den riesigen Problemen des politischen Neuanfangs. Im Gepäck der Gütersloher Gruppe befanden sich Infotische und Schirme, Wahlkampfzeitungen, Infoblätter, Buttons und ein Anhänger voller Büromöbel für die Warener Freunde. Die zentrale Wahlveranstaltung fand am Samstag, dem 3. März statt. Norbert



89 NORBERT KRUSE AUF DEM MARKTPLATZ
IN WAREN



90 EGON BAHR MIT GÜTERSLOHER SOZIALDEMOKRATEN UND DEM ORTSVEREINS-VORSITZENDEN VON WAREN, GÜNTER RHEIN

Kruse, Mitglied des Ortsvereinsvorstands der SPD Gütersloh, bereicherte die Kundgebung mit zur Gitarrenbegleitung gesungenen Liedern aus der linken demokratischen Tradition (s. Abb. 89). Als Hauptredner für die Wahlveranstaltung auf dem Marktplatz in Waren hatte sich Egon Bahr angesagt. Plakate, die auf die Kundgebung hinweisen sollten, waren in der Nacht vor der Veranstaltung fast vollständig überklebt worden.

3.000 Menschen versammelten sich trotzdem auf dem Marktplatz. Es sprachen u.a. der Ortsvereinsvorsitzende und heutige Bürgermeister Günter Rhein, der Spitzenkandidat und SPD-Bezirksvorsitzende Pfarrer Dr. Gottfried Timm, später langjähriger Innenminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern, und Egon Bahr, der Architekt der Ostpolitik Willy Brandts. Unter dem Beifall der Versammlung erklärte Dr. Timm: „Niemand darf durch die Wiedervereinigung unter die Räder kommen.“ Ziel der Sozialdemokraten für ein wiedervereinigtes Deutschland sei es, dass alle Menschen frei, gerecht und solidarisch miteinander leben könnten.⁴

Großen Zuspruch erhielt Egon Bahr für seine in der typisch ruhig-überlegenen Art vorgetragenen Formulierung: „Wer den Anschluß sofort macht, ver-



liert das Recht auf Mitbestimmung! Ich will nicht, daß die DDR verramscht wird. Dies genau sei der Unterschied zur CDU-Allianz für Deutschland, die ‚alles sofort‘ verspreche und damit ‚lügt.‘⁵

Nach der Wahlkundgebung nutzten die Gütersloher SPD-Mitglieder die Gelegenheit zum persönlichen Meinungsaustausch mit Egon Bahr in einem Warener Café. Ein Erinnerungsfoto zeigt einen Teil der Gütersloher Gruppe mit Egon Bahr und dem Ortsvereinsvorsitzenden und späteren Bürgermeister von Waren, Günter Rhein, vor dem Café (s. Abb. 90).

Bei einem Rundgang durch die Stadt konnten die Gütersloher Sozialdemokraten einen starken Eindruck vom schlechten baulichen Zustand der Straßen und Gebäude gewinnen.

Im Rahmes eines Fachgespräches informierte Jürgen Jentsch die Warener Freunde über Fragen zur konkreten Übernahme und Anwendung des Betriebsverfassungsgesetzes. Der Ausklang der Begegnung fand im „Rundhaus“-Restaurant am See statt. Hier war Zeit für persönlichen Austausch und für die Vereinbarung weiterer Kooperation. Christine Göbel konnte zum Abschluss dem Ortsvereinsvorsitzenden Günter Rhein noch eine Spende der Mitglieder der Ratsfraktion von DM 1.000 für die politische Arbeit in Waren überreichen. Dieser erste Besuch der Gütersloher Sozialdemokraten bei ihren Partnern in Waren hat einen tiefen, bleibenden Eindruck bei allen Beteiligten hinterlassen. Freundschaften, die damals geschlossen wurden, dauern z.T. bis in die Gegenwart an.

Großen Informationsbedarf hatten die Warener Sozialdemokraten besonders im Hinblick auf den Aufbau eines demokratischen Gemeinwesens. Bei gemeinsam organisierten kommunalpolitischen Seminaren im September 1990 in Wremen bei Bremerhaven und im Oktober 1991 im Burghotel Blomberg (s. Abb. 91) konnten viele wichtige Themen der Gemeindepolitik angesprochen und an konkreten Beispielen veranschaulicht werden.

Die Kommunalwahlen im Mai 1990 brachten den Sozialdemokraten Götz-Peter Lohmann in das Amt des ersten frei gewählten Bürgermeisters der Stadt Waren. Der Versuch, die Stadtpolitik im Rahmen einer ‚Großen Koalition‘ mit der CDU zu organisieren, scheiterte schon nach kurzer Zeit. Es kam danach zu einer immer besseren Kooperation zwischen der SPD, der PDS und dem Bündnis 90/Die Grünen, die über lange Zeit bis in die Gegenwart Bestand hat. Die Zusammenarbeit mit der PDS wurde in einem sogen. ‚Warener Kreis‘ vertieft und half so, die SPD/PDS-Koalition 1998 im Schweriner Landtag vorzubereiten.



91 SEMINARGRUPPE AUS WAREN UND GÜTERSLOH AM BURGHOTEL BLOMBERG

Der Austausch zwischen den Warener und den Gütersloher Sozialdemokraten entwickelte sich so intensiv, dass im November 1990 ein Patenschaftsvertrag zwischen beiden Ortsvereinen abgeschlossen wurde. Die ersten Sätze der Vereinbarung lauteten:

„Die Ortsvereine Waren und Gütersloh der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands schließen die nachstehende Vereinbarung über eine Zusammenarbeit auf der Grundlage des Berliner Grundsatzprogramms. Die Zusammenarbeit der Ortsvereine Waren und Gütersloh findet zum Zeitpunkt der Einigung Deutschlands, der Herstellung der Europäischen Integration und der Überwindung der militärischen Blockkonfrontation statt.“

In sieben näher definierten Einzelzielen wurde die Art des Austausches und der Zusammenarbeit präzisiert. Die Vereinbarung wurde am 9. November in Waren und am 16. November 1990 in Gütersloh unterzeichnet. Zur Unterschrift in Gütersloh (s. Abb. 92) reisten aus Waren u.a. der Ortsvereinsvorsitzende und spätere Bürgermeister Günter Rhein, der damalige Bürgermeister Götz-Peter Lohmann und der heutige Landtagsabgeordnete Rudi Borchert an. Bis zum Ende der 90er Jahre gab es einen regen Austausch zwischen den Ortsvereinen Waren und Gütersloh, danach, oftmals bedingt durch personelle Veränderungen bei den Funktionsträgern, ebten die offiziellen Kontakte ab. Im November 1999 feierte der Ortsverein Waren sein 10jähriges Bestehen



92

UNTERZEICHNUNG DER PATENSCHAFTSVEREINBARUNG ZWISCHEN DEN ORTS-VEREINEN
WAREN/MÜRITZ UND GÜTERSLOH AM 16. NOV. 1990 IM BRAUHAUS

seit der politischen Wende, historisch sind Sozialdemokraten schon seit 1893 in der Stadt an der Müritz aktiv.

Neben dem lebhaften Interesse der Gütersloher Sozialdemokraten an den Entwicklungen in der DDR nach der politischen Wende hatten sie im Jahr 1990 selbst die Landtagswahl am 13. Mai und die erste gemeinsame Bundestagswahl im dann vereinigten Deutschland am 2. Dezember zu bewältigen. Zur Unterstützung des sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Jürgen Jentsch erschien der Landesvater ‚Bruder Johannes‘ (Rau) am 5. Mai zu einer Kundgebung auf dem Berliner Platz. Mit seinem Appell: „Die Wahl ist noch längst nicht gelaufen“, versuchte er die versammelten Gütersloher Bürger zum Endsprint für die SPD zu mobilisieren. Jürgen Jentsch hatte seit 1985 als Landtagsabgeordneter bei den Bürgerinnen und Bürgern ein Ansehen erworben, das ihn als den aktiven, immer nah bei den Menschen vor Ort agierenden Politiker auswies. Am Wahlabend war der Erfolg beeindruckend, Jürgen Jentsch gewann seinen Wahlkreis direkt und Johannes Rau und die SPD konnten in Düsseldorf mit absoluter Mehrheit allein weiterregieren. Am gleichen Tag gelang auch Gerhard Schröder ein Wahlsieg über die CDU in Niedersachsen.

Zur Bundestagswahl im Jahr der Wiedervereinigung kandidierte Oskar Lafontaine gegen den amtierenden Kanzler Helmut Kohl. Lafontaine versuchte sich



als ökologischer Modernisierer und Kosmopolit zu profilieren. Am Wahlabend erlebte die SPD ihre größte Niederlage, die CDU/CSU erreichte 44,1 %, die SPD sank auf 33,5 %, ihr schlechtestes Ergebnis seit 1957. Lafontaine, der bis zum Sommer 1989 große Sympathien genoss und gute Umfrageergebnisse vorweisen konnte, scheiterte u.a. an der Kernfrage des Jahres 1990, der Frage nach dem klaren Kurs zur deutschen Einheit. Mit seinen politischen Vorstellungen gelang es ihm nicht, das Vertrauen der Menschen, besonders in den neuen Bundesländern, zu erreichen. Am Tag nach der Wahl erklärte Lafontaine resignierend, dass er nicht für den Vorsitz in der SPD kandidieren werde.

Zu Beginn des Jahres 1991 wuchs weltweit die Angst vor einem Krieg am Golf. Nach dem Überfall des Irak auf das Nachbarland Kuwait eskalierte die Situation. Die SPD erklärte dazu:

„Krieg kann kein Mittel der Politik mehr sein. Wir verurteilen die Aggression gegen Kuwait und den Bruch des internationalen Rechts und den Terror gegen Minderheiten und Opposition durch das brutale Hussein-Regime. All dies rechtfertigt keinen Krieg. Ein Krieg im Nahen Osten löst keine Probleme, sondern schafft nur neue.“⁶

Am Samstag, dem 12. Januar, zog ein Demonstrationszug von ca. 600 Güterslohern durch die Innenstadt (s. Abb. 93). „No blood for oil – Kein Krieg am Golf“, „Verhandeln statt schießen“ stand auf den mitgeführten Transparenten. Gemeinsam mit der „Alternativen Jugendgruppe“ der Grünen, dem SPD-Ortsverein und anderen Friedensfreunden wollte man nicht still und leise im Kämmerlein sitzen, sondern laut und sichtbar für alle darauf aufmerksam machen, dass dieser Konflikt uns alle angeht.

Weitere Großdemonstrationen gab es am 16. und 17. Januar. Schülerinnen und Schüler der Anne-Frank-Gesamtschule und des Städt. Gymnasiums ergriffen die Initiative, um am Tag des Ultimatums (6 Uhr in der Nacht vom

600 Gütersloher bei der Friedensdemonstration in der Innenstadt

Bürger fordern: Pulverfaß am Golf gewaltfrei entschärfen

93 DEMONSTRATION IM JANUAR 1991 GEGEN DEN GOLFKRIEG, NW VOM 14. JANUAR



16. auf den 17. Januar) gegen alle Kriegsvorbereitungen zu demonstrieren. Die Polizei zählte über 5000 Schülerinnen und Schüler, die durch die Stadt zogen und sich dann auf dem Berliner Platz versammelten.

Auch am Tag des Kriegsausbruchs am 17.1. trafen ca. 2000 Demonstranten am gleichen Ort zusammen. Pfarrer Klein erinnerte in seiner Ansprache an die Worte der Bergpredigt: ‚Selig sind, die Frieden stiften‘. Katrin Fuchs, die direkt aus Bonn zu der Veranstaltung gekommen war, forderte: „Schluss mit diesem Krieg.“ Sie erklärte, dass dieser Krieg zu verhindern gewesen wäre, wenn die Politiker sich mehr Zeit genommen hätten, um die Wirkung des verhängten Embargos abzuwarten.⁷



94 KURT SCHRADER

Turnusmäßig fand am 18. März 1991 die nächste Jahreshauptversammlung des Ortsvereins statt. Christine Göbel kandidierte aus familiären Gründen nicht mehr für das Amt der Vorsitzenden. Vom Vorstand war einstimmig der bisherige stellvertretende Vorsitzende Kurt Schrader als Nachfolger vorgeschlagen worden.

Kurt Schrader (s. Abb. 94), Jahrgang 1941, hatte sein Engagement und seine Zuverlässigkeit in zwei Jahren (und vier Wahlkämpfen) ausreichend unter Beweis gestellt. Von Beruf Konstruktionsingenieur/techn. Angestellter, Mitglied der IG-Metall seit 1960, aktiv als Brandmeister bei der Freiwilligen Feuerwehr, trat er 1985 im Ortsverein Gütersloh in die SPD ein. Kurt Schrader erklärte am Schluss seiner Vorstellungsrede: „Ja, ich kandidiere für diesen Ortsvereinsvorsitz in einer Zeit, wo sich die Ideale unseres Denkens in Handlungen und konkreten Taten niederschlagen müssen.“⁸ Aufgrund seiner soliden Arbeit wurde Kurt Schrader dreimal wiedergewählt und blieb bis 1999 im Amt des Vorsitzenden. Ab dem Jahr 1994 gehörte er auch der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Gütersloh an.

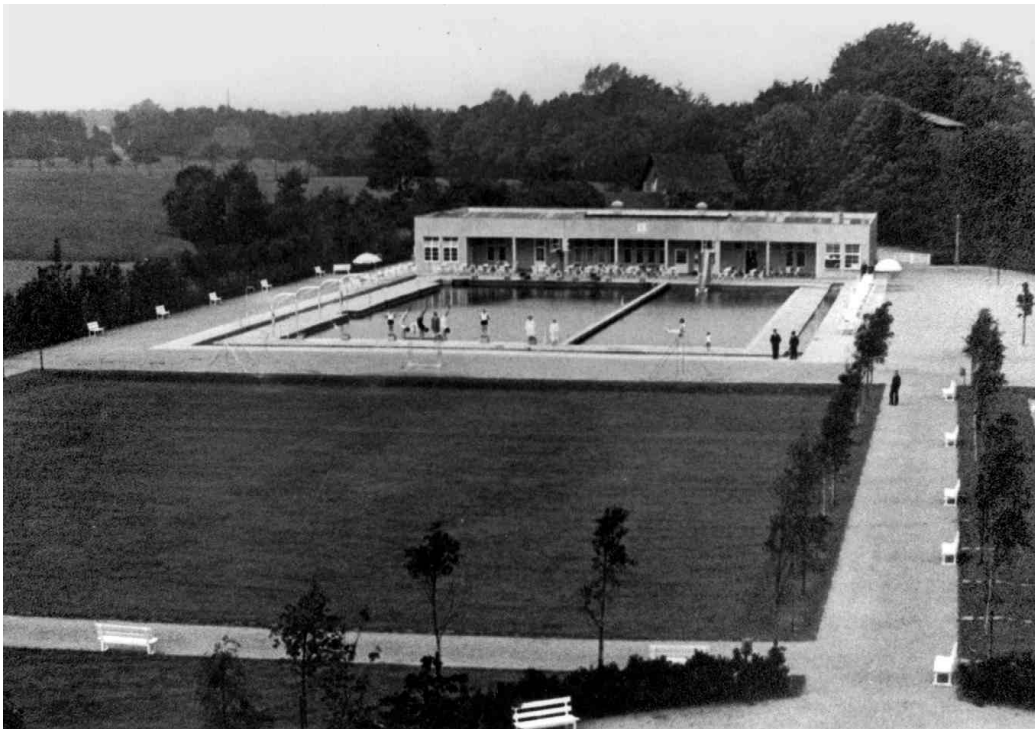


Im Oktober 1991 legte Christine Göbel aus beruflichen Gründen ihr Ratsmandat nieder. Als engagierte Umweltschützerin hinterließ sie eine große Lücke. Ihre Nachfolgerin wurde Maria Unger, die bereits zur Kommunalwahl 1989 in Spexard für die SPD kandidiert hatte und als sachkundige Bürgerin im Planungs- und Sportausschuss aktiv war.

Das Jahr 1992 geht in die Geschichte der Stadt Gütersloh ein als das Jahr, in dem nach jahrzehntelangen Auseinandersetzungen das beliebte Parkbad als Familien-Freizeitstätte mit Wasserspielflächen vor dem Abbruch gerettet werden konnte (s. Abb. 95).

Engagierten Bürgern, die im Jahr 1925 den Verein ‚Parkbad Gütersloh e.V.‘ gründeten, gelang es, in privater Initiative das Parkbad zu planen, die Mittel für den Kauf des Grundstückes und für den Bau der Anlagen zu beschaffen. Am 2. Juni 1928 fand die Eröffnung statt, im Einladungsschreiben wurde angemerkt, dass die Besucher, dem Anlass entsprechend, im ‚Besuchsanzug‘ erscheinen möchten.

Die öffentlichen Debatten über die Zukunft des Parkbades begannen am Ende der 70er Jahre. 1978 gab es einen breiten Konsens aller Ratsfraktionen,



95 PARKBAD, HISTORISCHES FOTO AUS DEM JAHR 1928



dass ein neues Hallen- und Freibad am Schulzentrum Ost gebaut werden und dafür das Parkbad aufgegeben werden sollte. Im Rahmen der konkreten Beschlüsse zum Freizeitzentrum-Ost in der Mitte der 80er Jahre wurde das Schicksal des Parkbades erneut diskutiert. Anfang des Jahres 1986 organisierten sich in einer „Arbeitsgruppe Parkbad“ Bürgerinnen und Bürger mit dem Ziel, das Parkbad als Freizeitstätte für Familien zu erhalten. Georg-Wilhelm Schluckebier vom Heimatverein und der Architekt Walter Hauer traten mit konkreten Sanierungsvorschlägen an die Öffentlichkeit. Sie unterbreiteten einen Vorschlag, der eine Renovierung in einem Kostenrahmen von 700-900.000 DM möglich machen sollte. In der Oktobersitzung des Sportausschusses unterstützten Herbert Reinoß für die SPD-Fraktion und Siegfried Stammeier für die Fraktion ‚Die Grünen‘ die Forderungen des Arbeitskreises Parkbad und plädierten für einen dauerhaften Erhalt der beliebten Freizeitstätte. Mit denkbar knapper Mehrheit von einer Stimme beschlossen CDU und FDP das ‚Aus‘ für das Parkbad. Die ‚Arbeitsgruppe Parkbad‘ erklärte im Juli 1987: „Leider scheint es zum gegenwärtigen Zeitpunkt völlig aussichtslos zu sein, eine Mehrheit im Rat der Stadt Gütersloh für den Erhalt und die Renovierung des Parkbades zu gewinnen.“⁹

„Frustriert und verärgert hat die ‚Arbeitsgruppe Parkbad‘ ihre Sachen zusammengepackt“, schreibt die NW dazu.

Erneut kam das Parkbad unter dem Gesichtspunkt der Denkmalswürdigkeit in die öffentliche Debatte der Fachausschüsse des Rates. Die Fachbehörde in Münster hatte festgestellt: ‚Das Parkbad mit allen baulichen und landschaftsgestalterischen Anlagen ist denkmalwürdig.‘ Der Fachausschuss, der sich im Mai 1991 mit der Sache befasste, lehnte mit CDU/FDP-Mehrheit den Denkmalschutz für das Parkbad ab.

Nun begann eine spannende Phase der endgültigen Durchsetzung der Sachentscheidung. Jürgen Jentsch, Mitglied des Landtages NRW, Ratsmitglied in Gütersloh und unermüdlicher Kämpfer für die Gütersloher Interessen hat sich in mehr als 30 Behördenterminen für den Erhalt des Parkbades eingesetzt. Im März 1992 stellte sich der Erfolg ein. Der Städtebauminister Franz-Josef Kniola ordnete per Entscheid den Denkmalschutz an. CDU/FDP und Stadtverwaltung versuchten noch, allerdings erfolglos, durch die Verzögerung der notwendigen Beschlüsse Zeit zu gewinnen, aber nach einer Mahnung und erneuten Fristsetzung durch das Ministerium wurde dann am 9.7.1992 die Eintragung in die Denkmalliste zur Kenntnis genommen und vollzogen.



In der Begründung für die Denkmalswürdigkeit heißt es im Text des ‚Westfälischen Amtes für Denkmalpflege‘ u.a.:

„Das Bad wurde als reines Erholungsbad für Familien angelegt, Wettkampfeinrichtungen oder Tribünenanlagen fehlten. Es handelt sich um das einzige unveränderte Familienbad der 20er Jahre in Westfalen.“

Im Hinblick auf die Baugeschichte führt das Denkmalamt aus:

„Für die Erhaltung und Nutzung der Anlage liegen künstlerische, insbesondere baukünstlerische Gründe vor, weil das Badehaus in seiner architektonischen Gestaltung dem Ideengut des „Bauhauses“ und des „Werkbundes“ nahe kommt. Das Ziel des Bauhauses, Klarheit, Sachlichkeit, Zweckmäßigkeit unter Überwindung des Historismus und Angleichung an Form und Technik sind hier evident zu spüren.“¹⁰

Nach der Grundsatzentscheidung über die Denkmalswürdigkeit setzte eine langjährige Debatte über die Nutzung der Anlage und die Kosten für eine notwendige Sanierung ein.

Endgültig entschieden wurde diese Auseinandersetzung erst nach den Kommunalwahlen 1994, bei denen SPD und Grüne eine Ratsmehrheit erreichten. Auf Antrag der SPD-Fraktion beschloss der Rat der Stadt im November 1994:

- Das Parkbad bleibt als Ensemble bestehen.
- Das Gebäude wird saniert...
- Die Grünanlage bleibt erhalten.
- ... Die Becken werden bis auf eine zu verbleibende Wasserfläche verfüllt.
- Um eine Planschmöglichkeit zu schaffen, sind die Kosten für ein Wasserbecken zu ermitteln...

Die Sanierung des Parkbades ist als sozialpolitische Maßnahme durchzuführen. Das heißt, dass junge Menschen durch die durchzuführenden Arbeiten eine entsprechende Qualifikation erhalten.

Das Abstimmungsergebnis: 28 Ja-Stimmen (SPD und Die Grünen), 23 Nein-Stimmen (CDU und FDP).

Nach diesem Beschluss dauerte es noch gut drei Jahre, bis am 1. Mai 1998 das Parkbad durch die Bürgermeisterin Maria Unger den Gütersloher Familien „als Ort der Freude und Entspannung“, wie sie es in ihrer Rede nannte, übergeben werden konnte. Die Gesamtkosten von ca. 4 Millionen DM konnten durch Arbeitsbeschaffungs- und Qualifizierungsmaßnahmen deutlich reduziert werden. Das Land förderte das Projekt mit einem Zuschuss von



80 %, so dass für die Stadt ein verbleibender Anteil von ca. 800.000 DM übrig blieb.

Seit dem Januar 1995 gaben auch CDU und FDP dem Projekt ihre Zustimmung. In der Berichterstattung titelte die NW: „Das vermutlich größte Planschbecken der Region.“¹¹

Im Jahr 2008 kann das Parkbad, das von Anfang an erfolgreich von der Arbeitslosenselbsthilfe bewirtschaftet wird, auf eine 10jährige Erfolgsgeschichte zurückblicken. Als Freizeit- und Erholungsstätte für Familien und als Veranstaltungszentrum für viele Vereins- und Familienfeiern hat es sich großartig und seiner historischen Bestimmung gemäß bewährt.

Die demografische Entwicklung der Gesellschaft, die auch in Gütersloh einen permanenten Anstieg des Anteils älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung auswies, führte im Ortsverein der SPD am Beginn der 90er Jahre zu einer intensiven Beschäftigung mit der Lebenssituation älterer Bürgerinnen und Bürger. Die Prognosen zeigten an, dass der Anteil der Menschen über 60 Jahre in Gütersloh von 1990 bis zum Jahr 2000 von 20 auf 26 % ansteigen würde. Die SPD verfolgte nun das Ziel, dass ältere Menschen ihre spezifischen Interessen in eigenen kommunalen Gremien selbst vertreten sollten. In vielen Städten hatten sich zu diesem Zweck ‚Seniorenbeiräte‘ gebildet. Im März 1992 unternahm die SPD-Fraktion im Sozialausschuss den ersten Versuch, vorbereitende Arbeiten für die Einrichtung eines Seniorenbeirates auf den Weg zu bringen. Die CDU lehnte den Antrag ab, die FDP enthielt sich. Begründung des CDU-Sprechers u.a.: „Im Rahmen der repräsentativen Demokratie sei es sichergestellt, dass die Anliegen der Senioren durch die bestehenden Gremien hinreichend beachtet würden.“¹²

Im Februar 1994 trat die ‚Arbeitsgemeinschaft Kommunale Altenarbeit‘ über das Diakonische Werk in der Evangelischen Kirchengemeinde Gütersloh mit einem Bürgerantrag auf Einrichtung eines Seniorenbeirates an die Stadt heran. Die Arbeitsgemeinschaft hatte einen vollständigen Satzungsentwurf für einen Seniorenbeirat erarbeitet. Mit den Stimmen von CDU und FDP gegen SPD und Die Grünen lehnte der Hauptausschuss den Bürgerantrag ab. Erst nach der Kommunalwahl im Oktober 1994 wurde ein Antrag der SPD mit Zustimmung der Fraktion Die Grünen und der FDP gegen die Stimmen der CDU beschlossen. Kurz und knapp lautete der Beschluss: ‚Die Stadt Gütersloh richtet einen Seniorenbeirat ein.‘ Im Januar 1996 nahm dieser Beirat unter dem Vorsitz von Eva Meinerts seine Arbeit auf. Aus der engagierten Ar-



beit dieses Gremiums sind viele, auch überregional beachtete Impulse und Projekte für die Verbesserung der Lebensbedingungen älterer Menschen hervorgegangen.

Ältere Menschen haben das Bedürfnis, solange wie möglich selbstständig und in den eigenen „vier Wänden“ zu bleiben. Die Wohnsituation im Alter ist darum eine der Schlüsselfragen für die Lebensqualität im Alter. Die SPD hat neben dem Einsatz für den Bau von Altenzentren früh kommunale Programme für die altersgerechte Herrichtung von Wohnungen gefordert und über Anträge im Rat dafür auch städtische Mittel zur Verfügung gestellt. Das Wohnmodell ‚Altenwohnungen mit Betreuung‘, das älteren Menschen die Optionen einräumt, je nach den individuellen Bedürfnissen, Dienstleistungen wahlweise in Anspruch zu nehmen, wurde von der SPD seit Beginn der 90er Jahre favorisiert.

Im Ortsverein der SPD beschäftigte man sich im Sommer 1992 erneut mit der Frage der Teilung und der Gründung eines Ortsvereins Sundern – Spexard. Von dieser Teilung erhoffte man sich eine stärkere Aktivierung der Mitglieder. Im Gebiet Sundern und Spexard wurde eine Mitgliederbefragung durchgeführt, die ein Mehrheitsvotum für eine Teilung zum Ergebnis hatte. Die entscheidende Ortsvereinsversammlung im März 1993 in der Alten Weberei votierte gegen die Teilung. Auch der Unterbezirksvorstand, der von Mitgliedern angerufen wurde, lehnte eine Teilung des Gütersloher Ortsvereins einstimmig ab.

Der Arbeitskreis Planung und Verkehr veranstaltete im Juni 1992 eine Bürgerversammlung in der Stadthalle, in der neben aktuellen Verkehrsfragen auch die Forderung ‚Der Wochenmarkt muss in die Innenstadt‘ auf der Tagesordnung stand. Die Verwaltung hatte eine Umfrage in Auftrag gegeben, bei der von 310 interviewten Bürgern sich 57,8 % für einen Markt in der Innenstadt entschieden hatten.

In den politischen Gremien wurde nun nach einem geeigneten Platz gesucht. Die CDU favorisierte den Konrad-Adenauer-Platz, die SPD den Kolbeplatz – später den Berliner Platz. Eine erste Versuchsphase auf dem Platz am Rathaus wurde mit dem Mittwoch als Markttag durchgeführt. Im März 1995 setzte dann die rot-grüne Mehrheit einen ‚Wochenmarkt‘ auf dem Berliner Platz am sogenannten langen Donnerstag durch. Von 1842 bis 1934 hatte es auf diesem Platz, dem Standort des ehemaligen Rathauses, bereits einen Markt gegeben. Am 31. Mai 1995 eröffnete der neue Markt sein breites, buntes An-



gebot. Zu heftigen Auseinandersetzungen führte dann die Debatte über einen Samstagsmarkt auf dem Berliner Platz. Die SPD vertrat von Anfang an die Linie, dass ein Samstagsmarkt gut an zwei Standorten stattfinden könne. Intensive Gespräche mit den Händlern, heftige Auseinandersetzungen mit den Gegnern, die 1000 Unterschriften gesammelt hatten, prägten den Entscheidungsprozess. Die Einzelhändler unterstützten den Samstagsmarkt in der Innenstadt, weil er als ein Beitrag zur Steigerung der Attraktivität der Stadtmitte gewertet wurde. Am 22. März 1997 war es endlich soweit. Die Bürgermeisterin Maria Unger konnte den Samstagsmarkt eröffnen. Auch diese Premiere wurde von heftigen Debatten begleitet. Eine Zeitung berichtet, dass die Bürgermeisterin auf dem Markt ein Los kaufte, eine Niete, mit dem Spruch „Gut Ding will Weile haben.“ Wie wahr. Heute ist der Markt, der an drei Wochentagen auf dem Berliner Platz stattfindet, längst zu einer unverzichtbaren Einrichtung geworden. Im Jahre 2005 wurde der Markt vor dem Rathaus auf dem Konrad-Adenauer-Platz aufgegeben. Beide verbleibenden Standorte, Prekerstraße und Berliner Platz, haben sich überzeugend bewährt.

Im Februar 1992 lud die Stellvertretende Bürgermeisterin und Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses, Marianne Kohlmeyer, die Mitglieder des SPD-Arbeitskreises Jugendpolitik zu einer Arbeitssitzung unter dem Thema ‚SPD – für eine kinderfreundliche Kommunalpolitik‘ ein. Unter anderem führte sie Anregungen aus der Gütersloher Partnerstadt Chateauroux an, in der seit mehreren Jahren sogar ein von Kindern gewähltes Parlament regelmäßig im Rathaus zusammenkäme. Im Oktober lud die SPD zu einem Kinderforum



96 KINDER AN DIE MACHT

in die Alte Weberei ein. Im Gespräch mit Maria Unger und Dr. Siegfried Bethlehem brachten Kinder ihre konkreten Wünsche für eine kinderfreundliche Stadt vor, z.B. bessere Buslinien, sichere Radwege, rücksichtsvolle Autofahrer, mehr Abenteuerspielplätze, weniger Fluglärm u.a.m. Im November



wurde der Landeskinderbeauftragte Dr. Eichholz zu einem Vortrag ins Rathaus eingeladen. Praktische Konsequenz dieser intensiven Auseinandersetzung mit der stärkeren Berücksichtigung von Kinderinteressen in der Stadt war die Einrichtung eines Kinderbüros im Jugend- und Sportamt, eines Kindertelefons und einer verwaltungsinternen Arbeitsgruppe, die im Hinblick auf alle relevanten Projekte eine „Kinderfreundlichkeitsprüfung“ durchzuführen hatte. Der Jugendhilfeausschuss unterstützte einstimmig diese Maßnahmen, sozusagen als ersten Schritt unter dem Motto des Liedes ‚Kinder an die Macht‘ (s. Abb. 96).

Seit Beginn der 90er Jahre verdoppelten sich Jahr für Jahr die Zahlen der Asylbewerber in der Bundesrepublik. Viele Gemeinden hatten Probleme, die Asylbewerber unterzubringen. Der Kreis Gütersloh schlug Alarm: ‚Flüchtlinge müssen in Containern und Turnhallen untergebracht werden.‘ Gewalttätige Ausschreitungen gegen Wohnstätten für Flüchtlinge und Asylbewerber häuften sich. In Mölln und Solingen fanden bei solchen Gewaltakten rechtsextremer Täter acht türkische Mädchen und Frauen den Tod. Umfragen des Emnid-Instituts sahen die rechtsextremen Republikaner in Nordrhein-Westfalen bereits bei einem Wählerstimmenanteil von 6 Prozent. Im politischen Raum drehte sich die Debatte in erster Linie um eine Änderung des in Artikel 16 des Grundgesetzes garantierten Asylrechts. Der Ortsverein führte mehrere Veranstaltungen zum Thema durch, so mit Vertretern des Flüchtlingsrates, mit dem Justizminister des Landes NRW Dr. Rolf Krumsiek und mit dem Aussiedlerbeauftragten der Evangelischen Kirche von Westfalen. Die Stellungnahme zu den politischen Debatten um den § 16 GG formulierte die stellvertretende Ortsvereinsvorsitzende Magdalena Falk in einer Einladung zur Ortsvereinsversammlung wie folgt:

„Die fast ausschließlich auf Artikel 16 Grundgesetz zentrierte Asyl Diskussion ignoriert, dass durch eine Änderung dieses Artikels die tatsächlichen Probleme nicht gelöst werden können, denn die Aufnahme politisch Verfolgter und eine rechtsstaatliche individuelle Prüfung ihrer Anträge dürfen ebenso wenig zur Disposition stehen wie das Bleiberecht für an Leib und Leben Bedrohter entsprechend der Genfer Flüchtlingskonvention.“¹³

Einstimmig stützte auch der SPD-Vorstand im Kreis Gütersloh die Auffassung, dass eine Änderung des § 16 GG zur Regelung der Zuwanderung falsch sei. Dem Parteivorsitzenden Björn Engholm gelang es in einer harten inner-



parteilichen Auseinandersetzung auf einem außerordentlichen Parteitag in Bonn im November 1992, eine asylpolitische Wende durchzusetzen. Basisumfragen in Untergliederungen hatten signalisiert, dass eine deutliche Mehrheit der Mitglieder einer Asylrechtsänderung zustimmen würde. Damit war der Weg für eine Änderung des § 16 GG im Bundestag frei. Der Absatz 1 des neuen Artikels 16a „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“ blieb weiterhin unangetastet. Vier Ergänzungen passten das Asylrecht den rechtlichen Bedingungen anderer europäischer Staaten an. Der gleiche Sonderparteitag verabschiedete auch eine Verfassungsänderung, um friedenserhaltende Einsätze der Bundeswehr außerhalb des NATO-Bereichs zu ermöglichen.

Die Gütersloher Bürger reagierten mit eindrucksvollen Demonstrationen auf die gewalttätigen Anschläge auf ausländische Mitbürger. Bürgermeister Strothmann und der DGB riefen zu einer Kundgebung auf und alle relevanten gesellschaftlichen Gruppen unterstützten dies. 2000 Bürgerinnen und Bürger kamen auf dem Berliner Platz zusammen, um gegen Gewalt und Fremdenhass ein Zeichen für Toleranz und ein friedliches Zusammenleben aller Kulturen zu setzen. In den Mittagsstunden des gleichen Tages (9. November 1992) hatten Gesamtschüler zu einer spontanen Aktion aufgerufen. Auch hier beteiligten sich neben den Schülern viele Lehrer, Mitglieder des Flüchtlingsrates, Sozialdemokraten und Grüne Politiker. U.a. sprach hier am Mahnmal für die jüdischen Opfer auch die engagierte Genossin Dr. Eva Thöl (s. Abb. 97) zu den ca. 350 Demonstranten. Der Einsatz von Eva Thöl für ausländische Mitbürger, Asylbewerber und politisch Verfolgte darf wohl als einmalig und beispielhaft bezeichnet werden. Ihr Engagement auf allen Ebenen der Partei, im Flüchtlingsrat und bei Amnesty International bleibt unvergessen. Befragt von der NW, wo die Motive für ihren Kampf gegen Gewalt und Unrecht zu suchen seien, antwortete sie:

„Als Kind bin ich mit meiner Familie aus dem faschistischen Italien ins demokratische Deutschland meiner Mutter zurückgekehrt. In der Nazi-Zeit hat uns die italienische Staatsangehörigkeit wahrscheinlich das Leben gerettet. Daß ich noch einmal Nazi-Gewaltausschreitungen mit erleben muß, ist für mich ein Alptraum. Ich kämpfe dagegen noch an; am wichtigsten sind aber alle positiven Zeichen, tätige Solidarität mit unseren ausländischen Mitbürgern.“¹⁴

Im Ortsverein der SPD hatte Karl-Heinz Abel den Kontakt zu einem Künstler hergestellt, der die Situation ausländischer Mitbürger für eine Plakataktion



97 DR. EVA THÖL



98 PLAKATWAND AM KOLBEPLATZ

bildlich veranschaulichen sollte. Das Bild (s. Abb. 98) wurde mehrere Wochen auf dem Kolbeplatz aufgestellt. Es zeigt die Situation der Menschen in der Bundesrepublik, die sich freudig nach dem Fall der Mauer in den Armen liegen. Daneben, abgegrenzt durch einen Zaun, erkennt man ausländische Mitbürger, die offensichtlich nicht dazu gehören.

Im Juni 1993 waren alle SPD-Mitglieder aufgerufen, sich an einer parteiinternen Befragung zum Amt des künftigen Parteivorsitzenden zu beteiligen. Zur Wahl standen Heidemarie Wieczorek-Zeul, Rudolf Scharping und Gerhard Schröder. Der Ortsverein stimmte mehrheitlich (45,5 %) für Gerhard Schröder. Das Gesamtergebnis lautete: 40,3 % für Rudolf Scharping, 33,2 % für Gerhard Schröder und 26,5 % für Heidemarie Wieczorek-Zeul. Der außerordentliche Parteitag am 25.6. in Essen wählte Scharping zum neuen Vorsitzenden.

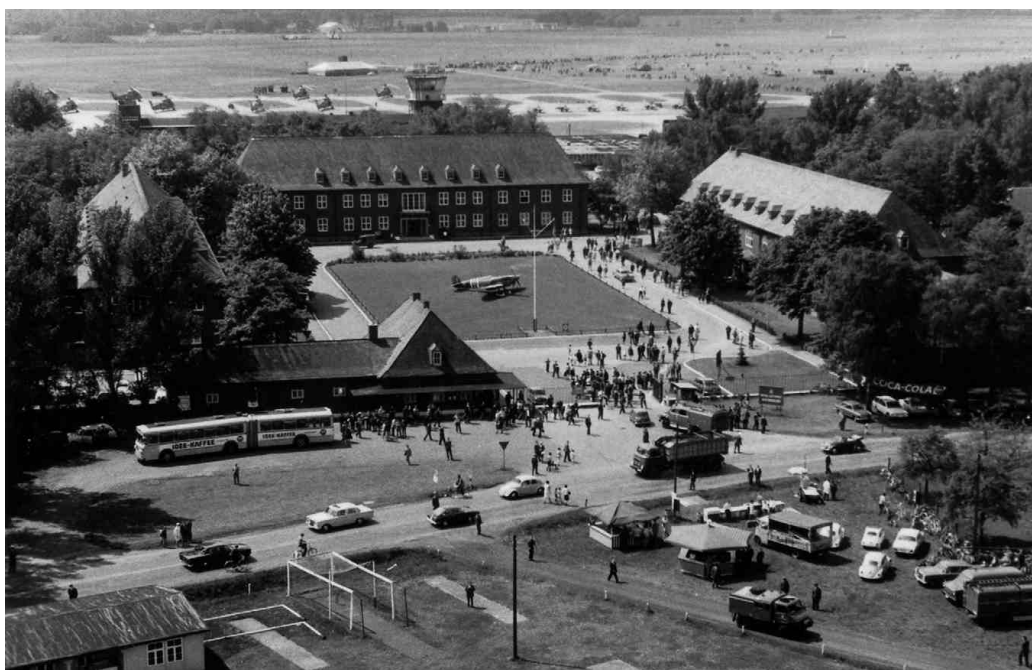
Auch im Ortsverein standen satzungsgemäß Neuwahlen an. Am 6. Juli 1993 fand die Jahreshauptversammlung im Gütersloher Brauhaus statt. Kurt Schrader wurde in seinem Amt als Vorsitzender bestätigt, zu seiner Stellvertreterin wählten die Mitglieder Ingrid Tiedtke-Strandt. Das Manuskript seines Rechenschaftsberichtes umfasst sieben Seiten und ist ein Beleg für die vielen überzeugenden Aktivitäten, die dieser Vorstand von 1991 bis 1993 auf den Weg gebracht hatte. Darum war auch das Wahlergebnis für den Vorsitzenden eine klare Bestätigung für die geleistete Arbeit, 90 % der Mitglieder gaben ihm ihre Stimme.



Für die Arbeitsgruppe ‚Flughafen‘ sollte die erste Hälfte der 90er Jahre eine bewegte Zeit mit vielen Aktivitäten werden. Seit Jahrzehnten tauchten in unregelmäßigen Abständen Ideen zur zivilen Nutzung des Royal Air Force (RAF) Flughafens (s. Abb. 99) auf. Im Mai 1980 waren es Recherchen des Gütersloher Stadtdirektors, die auf bisher ungeklärtem Wege in die Presse gelangt waren, die für öffentliche Aufregung sorgten. Gegenstand der Recherchen war die Überlegung, die Landebahn des Flughafens über die Ems hinaus zu verlängern, um dadurch den Fluglärm, besonders für den Stadtteil Blankenhagen, zu reduzieren. Die Kosten, die auf 15 bis 33 Mio. DM allein für die Baumaßnahmen veranschlagt wurden, sollten durch den Einstieg in die zivile Mitbenutzung auf mehrere Kostenträger verteilt werden.

Durch die nicht vorgesehene Veröffentlichung wurde das Thema im Mai 1980 zu einem Tagesordnungspunkt des Hauptausschusses. Dieter Knobelsdorf kritisierte, dass die Verwaltung den Sachverhalt zu lange intern verhandelt habe. Um eine Transparenz der verschiedenen Interessen zu gewährleisten, gehöre das Vorhaben in die frühe öffentliche Beratung.¹⁵

Die Frage der zivilen Mitbenutzung tauchte erneut auf, als die Briten im Jahr 1990 eine Halbierung ihrer in der Bundesrepublik stationierten Trup-



99 RAF-FLUGHAFEN GÜTERSLOH





pen ankündigten. Der SPD-Ortsverein trat mit einem Extrablatt der Gütersloher Blätter und der Titelzeile ‚Jetzt kann der RAF-Flughafen geschlossen werden!‘ an die Öffentlichkeit. Im

Diskussion um R.A.F.-Gelände im Hauptausschuß

Nur die CDU möchte einen Regionalflughafen

100 NW VOM 30.05.1990

Rat der Stadt brachte die SPD-Fraktion einen Antrag ein, in dem es u.a. hieß: „Die Stadt Gütersloh fordert die Bundesregierung auf, bei der britischen Regierung und der NATO darauf hinzuwirken, dass der RAF-Flughafen in Gütersloh wegen der von ihm ausgehenden unzumutbaren Lärmimmissionen vorrangig geschlossen wird.“¹⁶

Dieser Antrag fand die Unterstützung aller Ratsfraktionen. Im Hinblick auf die Vorstellungen über die zukünftige Nutzung des Areals lagen die Standpunkte allerdings weit auseinander. Während die CDU sich eine Nutzung als Regionalflughafen vorstellen konnte (s. NW v. 30.05.1990, Abb. 100), erklärte Volker Tappe für die SPD-Fraktion: „Einem Regionalflughafen werden wir nie zustimmen.“

Auf einer Versammlung der SPD im September 1990 sprach der Luftwaffen-general a.D. und Bundestagsabgeordnete der SPD Manfred Opel dem RAF-Flughafen für die Zukunft jede Existenzberechtigung ab. Für den Unterbezirk erklärte Dierk Bitter: „In Ostwestfalen gibt es keinen Bedarf für einen weiteren Regionalflughafen.“¹⁷

Am 13. November 1990 erklärte die britische Regierung, dass die Royal Air Force sich 1993 vom Gütersloher Flughafen zurückziehen werde. Die Ankündigung wurde Ende März 1993 umgesetzt, nach 48 Jahren verließen die letzten Harrier der britischen Luftwaffe den Gütersloher Flughafen. Mit dieser Entscheidung wurde die Debatte über die Nutzung des Geländes erneut aktuell, ohne dass die britische Regierung ein Signal für die Aufgabe der militärischen Nutzung des Areals gegeben hätte. Der Gütersloher Stadtdirektor reiste bereits im Frühjahr 1992 nach Friedrichshafen (Bodensee) und Zweibrücken (Rheinl.-Pfalz), um sich über die Bedingungen der zivilen Nutzung eines Militärflughafens zu informieren.

Im Frühjahr 1993 trat eine ‚Interessengemeinschaft Flughafen Gütersloh GmbH‘ (IGFG) an die Öffentlichkeit und informierte über ihr Interesse an einer zivilen Nutzung des Flughafens. Hauptakteure waren die Firmen Bertels-



mann und Miele aus Gütersloh. Durch separate Vereinbarungen mit der Bundesregierung und den Briten hatten diese Unternehmen bereits im Juli 1993 Start- und Landerechte für Geschäftsflugzeuge auf dem RAF-Flughafen erhalten. Der Geschäftsführer der IGFG erläuterte in einem Gespräch mit dem Westfalen Blatt die kurz- und mittelfristigen Ziele der Gesellschaft.¹⁸ Er lobte die gute Kooperation mit den zuständigen Bonner und Düsseldorfer Behörden und teilte mit, dass die IGFG beim Verkehrsminister in Düsseldorf einen Antrag auf die Genehmigung von jährlich 3.500 zivilen Flugbewegungen auf dem Gütersloher Flughafen beantragt habe. Sobald über diesen Antrag entschieden worden sei, wolle die IGFG einen weiteren Antrag stellen, wörtlich zitiert das W.B. dann den Geschäftsführer: „Dann geht es um Paderborner Größenordnungen, also 50.000 Flugbewegungen jährlich.“¹⁹ Hier rechnet man allerdings mit einer Entscheidung erst in fünf Jahren.

Im Januar 1993 war ein Gutachten des Freiburger Instituts Kessel, erstellt im Auftrag der IGFG, zu dem Ergebnis gekommen, dass es 1. keinen Bedarf für einen weiteren Regionalflughafen in OWL gebe, 2. ebenso fehle der Bedarf für einen Frachtflughafen und 3. für Unternehmen im weiteren Umland Güterslohs stelle der RAF-Flughafen keinen besonderen Vorteil dar.²⁰

Trotz dieses klaren, eindeutigen gutachterlichen Resümees – kein Bedarf für einen Zivilflughafen – setzten IGFG und IHK ihre Bemühungen fort, das angestrebte Ziel doch noch zu erreichen. Die Gütersloher Verwaltung, CDU und FDP im Rat der Stadt und im Kreistag unterstützten das Vorhaben. Für die Bearbeitung des gestellten Antrages war der Regierungspräsident Münster zuständig. Der SPD-Stadtverband präziserte in öffentlichen Veranstaltungen, an Infoständen, mit Zeitungsanzeigen und in Sonderdrucken der Gütersloher Blätter die ablehnende Haltung zu einem Gütersloher Zivilflughafen. Die wichtigsten Argumente sollen hier noch einmal benannt werden:

Durch die unmittelbare Nähe des Flughafens zur Wohnbebauung (ca. 1,5 km) sind die Menschen in Gütersloh seit Jahrzehnten in unzumutbarer Weise geschädigt und belastigt worden. Eine Nutzung des Militärflughafens als Zivilflughafen würde die Hoffnungen der Menschen auf eine dauerhafte Verbesserung ihrer Situation vollends zunichte machen.

Der Gütersloher Militärflughafen behindert seit Jahrzehnten eine vernünftige städtische Entwicklung. Die Lärmschutzzonen im Norden und Westen blockieren jede Ausweisung notwendiger Wohnbau-



flächen. Die städtische Fehlentwicklung in zentrumsferne Bereiche würde durch einen Zivilflughafen auf Dauer festgeschrieben.

In der Region Westfalen gibt es zur Zeit drei Flughäfen: Paderborn-Lippstadt, Münster-Osnabrück und Dortmund. Der Flughafen Paderborn ist von Gütersloh aus in 30 bis 40 Minuten zu erreichen. Die Regierung in NRW lehnt einen weiteren Regionalflughafen für die Region ab. Ein Bedarf für einen Zivilflughafen Gütersloh ist nicht vorhanden.

Die Stadt Gütersloh braucht dringend für die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten der gewerblichen Wirtschaft 200 ha neue Gewerbeflächen. Die Fläche des Flughafens (ca. 350 ha) wäre hierfür hervorragend geeignet.

Die SPD in Gütersloh sammelte Eingaben der Bürger gegen den Antrag der IGFG. 600 Eingaben lieferten Maria Unger, Jürgen Jentsch und Manfred Brinker persönlich beim Regierungspräsidenten in Münster ab (s. Abb. 101). Das Land NRW entsprach dem Antrag der IGFG auf zivile Mitbenutzung des RAF-Flughafens im Rahmen von jährlich 3.500 Flugbewegungen für den Geschäftsreiseverkehr. Der Regierungspräsident äußerte in seinem Abschlussbericht zum Anhörungsverfahren, dass es bei vielen Einwänden arge Befürchtungen bezüglich der Expansionsbestrebungen der Antragsteller gebe. Diese Befürchtungen halte er aufgrund der Publikationen der IGFG und des Eindrucks, den er bei einem Gespräch mit dem Geschäftsführer gewonnen habe, für gerechtfertigt.



101 ÜBERGABE DER UNTERSCHRIFTEN GEGEN EINEN ZIVIL-
FLUGHAFEN BEIM REGIERUNGSPRÄSIDENTEN IN MÜNSTER



Der Rat der Stadt Gütersloh beschloss im März 1994 mit den Stimmen von CDU und FDP den Beitritt zur IGFG gegen die SPD und die Grünen. Die Kommunalwahlen im Oktober änderten die Mehrheitsverhältnisse im Stadtrat. Mit rot-grüner Mehrheit beschloss der Rat im November 1994 den Austritt aus der Flughafen Gütersloh GmbH (früher IGFG). Nach nicht einmal 10-jähriger Mitnutzung des Flughafens kündigten die Briten die Vereinbarungen mit der FGG. Zum 31.10.2003 endete der zivile Flugbetrieb. Die Gesellschaft hatte das genehmigte Kontingent von 3.500 Flugbewegungen nie zu mehr als der Hälfte ausgeschöpft. Die Firma Bertelsmann bedauerte nach einem Pressebericht vom 12.07.2003 zwar das Aus für die zivile Mitbenutzung, sah aber keine gravierenden Nachteile für das Unternehmen. Von der NATO wurde der Flughafen als Reserveflughafen aufgegeben. Das Areal ging in die Zuständigkeit der Bundesfinanzverwaltung über und ist der britischen Army zur nationalen Nutzung überlassen. Das Gelände an der Marienfelder Straße behält die Widmung als ‚Flugplatz für Flugbetriebszwecke‘, so dass nicht ausgeschlossen werden kann, dass in Jahrzehnten, nach einem möglichen Abzug der Briten, die Auseinandersetzungen um eine zivile Flughafen-nutzung erneut wieder aufleben könnten.

Im Laufe des Jahres 1994 waren drei Wahlen durchzuführen. Im Juni die Europawahl und im Oktober die Kommunal- und die Bundestagswahl. Die Nähe von Wahlterminen gibt den anstehenden politischen Sachentscheidungen immer einen besonderen Schub und zeigt oftmals auch erstaunliche Wandlungen bei zuvor betonharten Positionen.

Dies traf im Jahr 1994 besonders beim Thema ‚Bau einer Müllverbrennungsanlage (MVA)‘ in Gütersloh zu. Entsorgungspflichtige Körperschaft und damit zuständig für alle Fragen der Müllentsorgung ist und war der Kreis Gütersloh. Zunehmend seit Mitte der 80er Jahre gab es Probleme mit den vom Kreis benutzten Deponien. Im Oktober 1985 legte die SPD-Fraktion Anträge vor, die eine zukunftsfähige Marschroute für die Müllbehandlung aufzeigte. Herbert Zachau, Fraktionsvorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion, propagierte ‚Abfallvermeidung gegen Müllnotstand.‘ Die Vorschläge: Müllvermeidung und -verringerung, Wertstofftrennung und -wiederverwertung, Kompostierung wurden damals von der CDU abgelehnt. Keine Alternative stellt für die SPD (schon 1985) die Müllverbrennung dar (Abb. 102). Begründung: Unkalkulierbare Umweltfolgen, sehr hoher Kapitalaufwand und die stark schadstoffhaltigen Verbrennungsschlacken werfen zu große Probleme auf. Diese



102 PROTESTPLAKAT DES VEREINS ‚DAS BESSERE MÜLLKONZEPT E.V.‘



103 DEMONSTRATION AUF DEM VOM KREIS GÜTERSLOH
GEKAUFTEN GRUNDSTÜCK FÜR EINE MVA IM NOV. 1991

Position hat die SPD im Grundsatz nie verlassen. ‚Deponien laufen bald über‘, ‚Der Abfall muß nach Hamm‘, der poröse Kalkstein in Künsebeck, der undichte Ton in Westerwiehe, all diese Meldungen signalisierten, wie dramatisch sich die Müllproblematik zuspitzte.

Schon im Juli 1987 schrieb das Westfalenblatt unter dem Titel ‚Müllverbrennungs-Anlage gefordert‘, ‚Stadt Gütersloh ist für die CDU der ideale Standort‘, ‚Zur langfristigen Lösung des Abfallproblems im Kreis Gütersloh fordert die CDU-Kreistagsfraktion den Bau einer Müllverbrennungsanlage (MVA)‘.²²

Im Herbst 1988 wurde

im Kreis ein dementsprechender Beschluss zur Vorplanung einer MVA im Kreis Gütersloh eingebracht. Unterstützung erhielt die CDU in dieser Frage vom SPD-Umweltminister Klaus Matthiesen, der anlässlich einer Kabinett-sitzung in Gütersloh dem hiesigen Bürgermeister Strothmann die Parole mitgab: „Nur Mut, Herr Bürgermeister. Entscheiden Sie, was Sie selbst entscheiden können.“²³

Im Juni 1989 befasste sich der Rat der Stadt Gütersloh mit den Planungen des Kreises. Die Fraktion Die Grünen hatte einen Antrag mit folgendem Wortlaut eingebracht: „Die Stadt Gütersloh wird dem Kreis Gütersloh oder einer vom Kreis Gütersloh beauftragten Betreibergesellschaft kein Gebäude zum Betrieb





Der „MVA-Deal“ beherrschte die Debatte

Strohmann? Nö . . .

Die Christdemokraten in Gütersloh waren sauer, weil sie gar nicht informiert worden waren, die ehemaligen Grundstückseigentümer (eine Erbgemeinschaft) waren schlicht fassungslos, und die Opposition im Kreistag schlug wütend auf den Tisch: der sogenannte „MVA-Grundstücksdeal“ im Gütersloher Gewerbegebiet Nord beherrschte ab Ende Oktober die politische Diskussion. Was war geschehen? Nachdem die Eigentümer das

Kaufangebot des Kreises verweigert hatten (um eine MVA dort zu verhindern), verkauften sie kurze Zeit später das Grundstück an das Verler Speditionsunternehmen Frankenfeld respektive der Tochterfirma Eggenwirth. Und mußten dann kurze Zeit später erleben, daß das Verler Unternehmen an den Kreis weiterverkaufte. Strohmann? Aber nein!, erklärten OKD Kozłowski und Landrat Balke.

104 NW VOM 31.12.1992

einer Müllverbrennungsanlage zur Verfügung stellen.“ SPD und FDP stimmten dem Antrag zu, die CDU stimmte dagegen, u.a. mit der Begründung: Wer dem Beschlussvorschlag zustimme, huldige dem St. Florians-Prinzip.²⁴

Die Nachricht der NW vom 31. Oktober 1991: ‚Stadt völlig überrascht / Privatgrundstück ‚Gewerbegebiet‘. Kreis kauft für MVA!‘ mobilisierte eine breite Öffentlichkeit (s. Abb. 103). Der Kreis Gütersloh hatte von einem Verler Unternehmer ein ca. 30.000 Quadratmeter großes Grundstück zwischen Schlangenbach und Ernst-Abbe-Straße gekauft, Preis ca. 3. Mill. DM. Erst vor wenigen Wochen hatte der Verler Unternehmer das Grundstück erworben. Die ursprünglichen Besitzer hatten immer klargestellt, dass ihr Grundstück niemals für eine Müllverbrennungsanlage zur Verfügung stünde, NW v. 31.12.1991 (s. Abb. 104). Die öffentliche Reaktion sparte nicht mit eindeutigen Bewertungen dieses Deals. Der SPD-Ortsverein forderte den Rücktritt des verantwortlichen Landrats F.J. Balke. Die Grünen-Fraktionen im Kreis protestierten: „Grundstücks-Deal des Kreises ist ein politischer Skandal.“ Der Kreis habe sich das Grundstück „erschlichen“. ²⁵ Unter der Überschrift „Politische Unkultur“ veröffentlichte die NW am 9. November einen Kommentar mit einer harschen Kritik am Vorgehen der Verantwortlichen im Kreis. Den Dringlichkeitsbeschluss zum Kaufvertrag und auch dessen Genehmigung im Kreistag hat kein Mitglied der SPD-Fraktion mitgetragen.





Ende November reagierte auch der Gütersloher Rat auf den Grundstückskauf. Alle Fraktionen hatten Anträge eingebracht. Der SPD-Antrag wurde, nach kleinen Änderungen, als erster zur Abstimmung gestellt. Wichtigster Inhalt: „Der Rat der Stadt Gütersloh verurteilt das Verfahren des Kreises, auf äußerst undurchsichtige Weise ein Grundstück zum Bau einer MVA in Gütersloh zu erwerben.“ Im Weiteren heißt es u.a.: „Unabhängig von der verworfenen Vorgehensweise des Kreises lehnt der Rat die Errichtung einer MVA prinzipiell ab.“ SPD, Grüne und FDP stimmten dem zu, die CDU (bei einer Enthaltung) stimmte dagegen. Begründung der Ablehnung: Das Grundstück des Kreises halte man für ungeeignet. „Die Fraktion lehne allerdings die Müllverbrennung als solche nicht ab. ...der Standort der Müllverbrennungsanlage müsse optimiert werden.“²⁶ Diese Optimierung leistete die CDU selbst in ihrer Zeitung ‚Gütersloher Notizen‘ vom Mai 1992. Dort hieß es in einem Beitrag unter dem Titel ‚Wohin mit dem Müll?‘ wörtlich: „Deshalb hat die CDU der Stadt Gütersloh den Kreis aufgefordert, nach anderen Standorten zu suchen und auch das Flughafengelände auf seine Eignung für eine Müllverbrennungsanlage zu prüfen.“²⁷

Es bleibt offen, ob bei einer Realisierungschance dieses Standortes der Bürgerprotest anders ausgefallen wäre.

Nach den Turbulenzen um den Grundstückskauf gingen die Entscheidungen im Kreis in Richtung Bau einer MVA weiter. Im März 1992 beschloss der Kreistag mit der Mehrheit von CDU, FDP und UWG, die amerikanische Firma Waste Management mit Planung, Bau und Betrieb einer MVA zu beauftragen. SPD und Grüne stimmten dagegen. Auf diese Situation reagiert die SPD-Fraktion im Rat der Stadt mit folgendem Antrag: „Die Verwaltung wird beauftragt, alle juristischen Optionen zu nutzen... um die geplante MVA auf dem Gebiet der Stadt Gütersloh zu verhindern.“²⁸

Mit der Mehrheit der Stimmen von SPD, Grüne und FDP wurde so beschlossen. Die CDU begründete ihre Ablehnung des Antrages mit ihrer Grundsatzposition, nämlich einem „Ja“ zum Verfahren.²⁹

Im Kreis und in der Stadt Gütersloh hatte sich längst ein breiter Widerstand gegen die Müllverbrennung organisiert. Der Verein ‚Das bessere Müllkonzept‘, die Evangelische Kirche, der BUND, viele Unternehmen im Kreis, ‚Bürgerinitiativen gegen MVA Gütersloh‘ und viele engagierte Bürgerinnen und Bürger demonstrierten mit unzähligen Aktionen und Veranstaltungen ihre Entschlossenheit, die MVA zu verhindern. Das Verfahren zur Genehmigung der Anlage hatte der Regierungspräsident Detmold durchzuführen. Bis Ende



105 DEMONSTRATION GEGEN DIE MVA IM APRIL 1994

April 1994 waren Einwendungen möglich. ‚Die Müllzeitung für den Kreis Gütersloh und die Stadt Bielefeld‘, die vom Verein ‚Das bessere Müllkonzept‘ herausgegeben wurde, appellierte an alle Bürger: ‚Letzte Chance nutzen: Schlechteste MVA in ganz Deutschland stoppen!‘³⁰

Als Ziel setzte sich der Verein, mindestens 10.000 Einwendungen aus dem Großraum Gütersloh/Bielefeld zu sammeln. Auch der SPD-Ortsverein brachte eine Sondernummer der ‚Gütersloher Blätter‘ heraus und gab so Hilfestellung für die Einwender. Der Erfolg war überwältigend. Am 26. April konnten dem Regierungspräsidenten 62.415 Einwendungen übergeben werden (s. Abb. 105). Dazu kamen noch etliche, die direkt zum RP gesandt worden waren, so dass sich die Gesamtzahl auf ca. 77.000 belief. Ein großartiger Erfolg und ein Beleg für ein lebendiges, demokratisches Engagement.

Im Kreis beantragte die SPD nochmals, Kooperationsverhandlungen mit Bielefeld zu führen und nicht länger am Bau der Waste-MVA in Gütersloh festzuhalten. Dies lehnte die Mehrheit noch ab.

Auf dem Kalender rückte der Tag der Kommunalwahl immer näher. Da, am 30. April, fasste der Kreistag doch noch den überraschenden Beschluss, weiterhin über eine Kooperation mit Bielefeld in Sachen Müllverbrennung zu



verhandeln. Einige Gütersloher CDU-Kreistagsmitglieder hatten die erneute Ablehnung einer Kooperation mit Bielefeld und auch mit Paderborn nicht mehr mitgetragen. Sich in dieser Sitzung schon vom Bau einer MVA zu verabschieden, wie die SPD es forderte, dafür gab es keine Mehrheit.

Anfang Juni wurde die Situation, zumindest in den politischen Gremien, teilweise geklärt. Vereinbart wurde eine ‚Viererkoperation‘ mit Bielefeld, Herford, Minden-Lübbecke und dem Kreis Gütersloh.

Am 24. September beschloss der Kreistag (unter starkem Polizeischutz) den Ausstieg aus dem MVA-Vertrag. Die NW überschrieb die Berichterstattung mit den Worten: ‚Sensation: Antrag der SPD in geheimer Abstimmung gebilligt.‘ Der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Dierk Bitter, hatte den Antrag vorggetragen, er lautete: ‚Der Oberkreisdirektor wird beauftragt, mit Waste Management Deutschland in Absprache mit den zukünftigen Verbundpartnern Gespräche mit dem Ziel aufzunehmen, den zwischen dem Kreis Gütersloh und WMD geschlossenen Vertrag bezüglich Planung, Bau und Betrieb einer thermischen Abfallbehandlungsanlage aufzulösen...‘.³¹ Mit 36 zu 34 Stimmen wurde der Antrag angenommen und damit faktisch das Aus für die MVA beschlossen.

Das Genehmigungsverfahren für die Waste-MVA wurde weitergeführt. In einem Erörterungstermin in der Gütersloher Stadthalle im November 1994 prallten die sachlichen Gegensätze noch einmal in aller Öffentlichkeit aufeinander. Im März 1995 fiel die Entscheidung des Regierungspräsidenten. Der von Waste-Management beantragten MVA in Gütersloh wurde die Genehmigung versagt. Wesentlicher Ablehnungsgrund war die nicht gesicherte Erschließung des Grundstücks. Im 42seitigen Begründungstext gab es allerdings auch deutliche Fragezeichen hinter der technischen Genehmigungsfähigkeit der Anlage. Die Menschen in Gütersloh konnten aufatmen, ihr engagierter Widerstand hatte eine ökologische und ökonomische Widersinnigkeit gegen eine politische Mehrheit verhindert.

Die drei Wahltermine des Jahres 1994 standen natürlich auch unter dem Einfluss der großen lokalpolitischen Themen. Für die Wahlbeteiligung an der Europawahl im Juni 1994 gab es von dort allerdings keinen mobilisierenden Schub. Mit 58 % lag diese um 4 % unter dem Ergebnis der Wahl von 1989. Nach dem Wahlergebnis, das Verluste für die SPD und leichte Gewinne für die CDU/CSU brachte, konnte Mechthild Rothe ihre Arbeit im Europaparlament dennoch fortsetzen.



Im Hinblick auf die Spitzenkandidatur für das Amt des Bürgermeisters in der Stadt Gütersloh begannen die vorbereitenden Beratungen in der SPD bereits im März des Jahres 1993. Marianne Kohlmeyer, seit 1984 Stellvertretende Bürgermeisterin, erklärte, dass sie für eine weitere Kandidatur nicht mehr zur Verfügung stehe. Die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen schlug bereits am 4. März 1993 Maria Unger als sozialdemokratische Spitzenkandidatin für das Bürgermeisteramt vor. Im November des gleichen Jahres unterstützte der Ortsvereinsvorstand (einstimmig) den Vorschlag der ASF. Im Ortsverein und auch in der Ratsfraktion hatte Maria Unger sich in



106 MARIA UNGER

wenigen Jahren große Sympathien und Anerkennung ihrer politischen Arbeit erworben.

Maria Unger (s. Abb. 106), Geburtsjahrgang 1952, wuchs in dem kleinen Ort Ordorf in der Eifel auf. Der Vater war Bauarbeiter und im Nebenerwerb Landwirt. Aufgrund der sozialen Situation der Familie war es selbstverständlich, dass Maria schon früh zu den täglich anfallenden Arbeiten auf dem Hof ihren Beitrag zu leisten hatte. Im Hinblick auf ihre Bildungschancen lernte sie selbst die Ungerechtigkeit unseres Systems kennen. Die Eltern waren nicht in der Lage, die finanziellen Mittel für einen Besuch der weiterführenden Schule in der Kreisstadt aufzubringen. Nach der Volksschule besuchte sie dann die zweijährige Handelsschule in Bitburg und trat ab 1969 in den Bundesbahndienst in Trier und drei Jahre später in Mannheim ein. Maria Unger wurde streng katholisch erzogen und arbeitete aktiv in der kath. Pfarrjugend St. Martin in Ordorf mit. Schon 1969 trat sie auch in die Gewerkschaft (GdED) der Eisenbahner ein. 1974 heiratete sie den Diplom-Informatiker Manfred Unger. Mit ihrem Mann zog sie, der Arbeit wegen, 1977 nach Gütersloh. Die gemeinsamen Kinder, Sohn Carsten und Tochter Anke, wurden 1977 und 1980 geboren.



„Ich finde es wichtig, dass die Leute nicht lamentieren, sondern ihr Geschick selbst in die Hand nehmen“,

mit diesen Worten erklärte Maria Unger in einem Interview ³² ihr aktives Engagement in Bürgerinitiativen, in Klassen- und Schulpflegschaften. Ihrer Einstellung nach immer schon sozialdemokratisch, weil soziale Gerechtigkeit ein zentraler Wert ihres christlichen Glaubens ist, trat sie nach dem Ende der sozial-liberalen Koalition 1982 in die SPD ein. Bei der Kommunalwahl 1989 kandidiert sie im Bereich Avenwedde-Spexard für die SPD. Im Rat arbeitete die aktive Sportlerin im Sport- und Planungsausschuss als Sachkundige Bürgerin mit. Ab Oktober 1991, nach dem Rücktritt von Christine Göbel, wurde Maria Unger Mitglied des Rates der Stadt Gütersloh.

Befragt, weshalb kandidieren Sie für das Amt der Bürgermeisterin, antwortete sie im Sommer 1994:

„Weil ich als erste Bürgermeisterin in Gütersloh zeigen will, dass wir Sozialdemokraten die Zukunft der Stadt erfolgreich gestalten können.“

Folgende Ziele nannte sie als besonders wichtig: Wohnungsbau, Arbeitsplätze sichern und schaffen, Kindertagesstätten und Schulen erweitern und bauen, die Umwelt erhalten und pflegen.

Die Gütersloher SPD formulierte unter dem Slogan ‚Neue Mehrheiten braucht die Stadt‘ ihr kommunalpolitisches Programm. Als Ziele für Gütersloh wurden dort u.a. erklärt: ‚Wir Sozialdemokraten setzen uns gerade in wirtschaftlichen Krisenzeiten für soziale Gerechtigkeit ein. Wir werden den Wohnungsbau weiter vorantreiben. Die Förderung des sozialen Wohnungsbaus in Gütersloh mit jährlich zusätzlich vier Millionen DM wurde von der SPD beantragt und durchgesetzt. Wir werden Kindertagesstätten, Schulen und Altenheime einrichten und fördern. Die ‚Betreute Halbtagschule‘ ist aufgrund einer SPD-Initiative eingeführt worden. Über dieses Angebot hinaus halten wir Ganztagsangebote für Gütersloher Grundschulen für erforderlich. Gütersloh braucht ein neues Theater.‘ ³⁶

Die Positionen zur MVA, zum Zivilflughafen und zum Erhalt des Parkbades wurden nochmals verdeutlicht. Darüber hinaus plädierte die SPD für mehr Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung in Gütersloh durch Einrichtung eines Seniorenbeirates und die Einbeziehung des Sachverständigen von Architekten und Vertretern der Heimatvereine bei größeren Bauvorhaben in einem neu zu schaffenden Gestaltungsbeirat. Für die Wahlkampfveranstaltungen wurde ein Bulli angeschafft, so dass Infostand und Straßencafé jederzeit an jedem Ort einsatzbereit waren.



107 AM WAHLABEND IM HEINRICH-RÜSSKAMP-HAUS

Wahlveranstaltungen mit NRW-Finanzminister Schleußer, Verkehrsminister Kniola, Bauministerin Brusi und dem Vorsitzenden der AfD Rudolf Dreßler fanden in Gütersloh statt.

Der Wahltag der Doppelwahl – Bundestag und Kommunalwahl – am 16. Oktober brachte mit 82 % eine hohe Wahlbeteiligung. Die einlaufenden Ergebnisse aus den Stimmbezirken lösten schon bald im Heinrich-Rüsskamp-Haus an der Hohenzollernstraße eine euphorische Stimmung aus (s. Abb. 107). Besonders in den schwarzen Hochburgen brach die CDU ein und die SPD konnte 15 von 26 Wahlbezirken direkt gewinnen. Das schon 1989 denkbar knappe Wahlergebnis wurde umgekehrt. Die SPD erreichte 22, die CDU 21 Ratsmandate. Die Grünen konnten ihr Ergebnis ebenfalls verbessern und bekamen 6 Sitze, die FDP musste lange zittern und bekam 5,1 % der Stimmen und entsandte noch 2 Vertreter ins Stadtparlament. Nach 30 Jahren wurde damit die SPD wieder zur stärksten Ratsfraktion und mit der Aussicht auf eine rot-grüne Kooperation bestand die Chance, dass in Gütersloh zum ersten Mal in der Geschichte der Stadt eine Frau zur Bürgermeisterin gewählt werden konnte.



108 AM WAHLABEND AUF DEM WEG INS RATHAUS

Noch am Wahlabend erklärte der Spitzenkandidat der Grünen gegenüber der NW, die Wähler hätten sich klar für Rot und Grün entschieden, und es sei jetzt „schlecht möglich“, noch irgendeine andere Konstellation herbeizuführen.³⁴

Es war 19.50 Uhr, als die Gewinnerin sich, begleitet von Parteifreunden, auf den Weg ins Rathaus aufmachte (s. Abb. 108), wo sie mit großem Beifall empfangen wurde. In der Ratsitzung am 4. November wurde Maria Unger

zur Bürgermeisterin gewählt, ihre Stellvertreter waren Gerhard Piepenbrock und Siegfried Kornfeld. Die Kommentare der Gütersloher Zeitungen waren überaus positiv. „Der Einstieg konnte sich sehen und hören lassen! Der neue Rat der Stadt erlebte in seiner konstituierenden Sitzung eine durchaus überzeugende Bürgermeisterin“, so die NW. Im Westfalen-Blatt hatte eine Frau den Kommentar verfasst, sie merkte in weiser Voraussicht an: „Für Maria Unger bleibt zu hoffen, dass sich der Grundsatz: Eine Frau muß doppelt so gut sein wie ein Mann, um dieselbe Anerkennung zu bekommen, diesmal nicht bewahrheitet. Maria Unger hat nämlich das Zeug zu einer guten Bürgermeisterin.“ Der Altersvorsitzende des Rates, Helmut Lütkeemeier, appellierte an die Fraktionen, den Konsens zu suchen, wo er möglich sei, aber auch die konstruktive Auseinandersetzung – sofern sie der Sache diene – nicht zu scheuen.

Die Kommunalwahlen hatten auch im Gütersloher Kreistag für deutliche Veränderungen gesorgt. Die FDP war nicht mehr vertreten, und der CDU (30 Sitze) stand mit der SPD, den Grünen und den Freien Wählern ein Block mit ebenfalls 30 Sitzen gegenüber. Bei der konstituierenden Sitzung fehlte eine



SPD-Abgeordnete aus Krankheitsgründen. Die sensationelle Überraschung bei der Wahl des Landrates/der Landrätin ergab 31 Stimmen für Ursula Bolte, SPD (s. Abb. 109) und 28 für Franz-Josef Balke von der CDU. Damit stand in Gütersloh auch erstmals eine Frau und eine Sozialdemokratin an der Spitze des Kreistages. Bei der Bundestagswahl vom 16.10.1994 verlor die CDU vor allem im Osten, während sie sich im Westen einigermaßen behaupten konnte. Die SPD legte um knapp 3 % zu und erreichte 36,4 %.

In der Stadt Gütersloh lag die SPD bei den Erststimmen deutlich, bei den Zweitstimmen um ganze 10 Zähler vor der CDU. Die konservativ-liberale



109 LANDRÄTIN URSULA BOLTE

Koalition unter Helmut Kohl konnte sich knapp behaupten, Rudolf Scharping übernahm das Amt des Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Bundestag.

Die Gütersloher SPD war mit dem Slogan ‚Neue Mehrheiten braucht die Stadt‘ in den Wahlkampf gezogen. Nun hatten die Wähler in der Stadt diese Mehrheit geschaffen. Anfang November 1994 war bereits eine ‚Vereinbarung über Zusammenarbeit‘ zwischen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (im Text weiter ‚Grüne‘) ausgearbeitet und unterzeichnet worden. Neben der gemeinsamen Liste für die Wahl des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin erhielten die Grünen die Zusage über den Zugriff auf die nächste Dezernentenstelle. Ein „100-Tage-Programm“ legte die zehn wichtigsten Beschlüsse über zentrale Sachverhalte fest.

Schon in der zweiten Ratssitzung nach der Wahl wurden die ersten fünf Punkte beschlossen. Es war beabsichtigt und wurde auch erreicht, durch diese geballte Verabschiedung rot-grüner Inhalte ein deutliches Zeichen für den Gestaltungswillen der neuen Mehrheit zu setzen. Im Einzelnen wurde beschlossen:

- Erhaltung des Parkbades
- Einrichtung eines Seniorenbeirates



- Austritt aus der Flughafen Gütersloh GmbH
- Kostendeckende Einspeisung von alternativen Energien ins Netz der Stadtwerke
- Kommunale Verpackungssteuer.

Weitere Punkte der politischen Vereinbarung waren z.B. die zweite Gesamtschule, die Einrichtung einer Ganztags-Grundschule, das Ziel, Baulandflächen erst dann einer verbindlichen Bauleitplanung zuzuführen, wenn die Stadt Eigentümerin der Flächen ist, Maßnahmen zur Reform der Stadtverwaltung und Neukonzeption des ÖPNV unter Einbeziehung eines City-Bus-Systems. Weitere gemeinsame Ziele wurden im Verlauf der Ratsperiode in enger, vertrauensvoller Kooperation beraten und durchgesetzt.

Am 8. Mai 1995, 50 Jahre nach dem Kriegsende, gedachte eine breite Öffentlichkeit in Stellungnahmen und Veranstaltungen der Schreckensherrschaft der Nationalsozialisten und der Befreiung durch die gegen Hitler verbündeten Staaten. Der SPD-Ortsverein veröffentlichte dazu eine umfassende Erklärung, die mit den Worten abschloss: „Die Erinnerung an die Unmenschlichkeit jener Epoche unserer Geschichte soll uns stärken, dass wir der Gefährdung der Menschlichkeit heute entschlossen begegnen können. Die SPD wird auch in Zukunft daran weiter arbeiten.“³⁶ Für die Stadt Gütersloh mahnte der Ortsverein die überfällige Aufarbeitung der stadtgeschichtlichen Epoche des Nationalsozialismus an.

Die Landtagswahlen im Mai 1995 brachten für Jürgen Jentsch wieder mit 44,4 % einen klaren Wahlerfolg über die CDU, die 37,7 % erreichte. Johannes Rau hatte in Düsseldorf zwar die absolute Mehrheit eingebüßt, er konnte aber mit einer rot-grünen Koalition weiterregieren.

Der Ortsverein führte im Oktober seine Jahreshauptversammlung durch. In seinem ausführlichen Rechenschaftsbericht, in dem die Wahlerfolge der letzten Jahre besonders gewürdigt wurden, bedachte Kurt Schrader die aktive Seniorenarbeit mit einem besonderen Lob. Seit 1993 erfreute sich der Senioren-Treff, der einmal im Monat durchgeführt wurde, einer zunehmenden Beliebtheit. Die Gruppe, betreut durch Marianne Kohlmeyer und Ingrid Schmitz, zu der sich 30 bis 40 Personen im Heinrich-Rüßkamp-Haus einfanden, beschäftigte sich mit konkreten Themen der Stadtpolitik und den für ältere Menschen relevanten Fragen der Gesellschaft. Als ‚Arbeitsgemeinschaft 60plus‘ hat sich diese Gruppe dann dauerhaft im Ortsverein etabliert.



Die Vorstandswahlen brachten keine wesentlichen Veränderungen. Kurt Schrader wurde erneut als Vorsitzender bestätigt und Ingrid Tiedtke-Strandt blieb seine Stellvertreterin.

Im Herbst des Jahres 1995 geriet die Bundes-SPD in erhebliche Turbulenzen. Verlorene Wahlen und Spannungen unter den Mitgliedern der ‚Troika‘, Rudolf Scharping, Oskar Lafontaine und Gerhard Schröder, führten an der Basis zu wachsender Verärgerung. Der Bundesgeschäftsführer Verheugen trat von seinem Amt zurück. Sein Nachfolger wurde der Vorsitzende des mächtigen SPD-Bezirks Westliches Westfalen, Franz Müntefering. Mit Spannung wurde der Mannheimer Parteitag im November 1995 erwartet. Von ihm sollte eine neue Dynamik für die Entwicklung der SPD ausgehen. Als die Grundsatzzrede des Parteivorsitzenden Rudolf Scharping diesen Impuls vermissen ließ, nutzte Oskar Lafontaine die Gunst der Stunde, um mit einer rhetorisch geschickten Rede einen „Putsch“ gegen den Vorsitzenden einzuleiten. Dies gelang auch, am 16. November 1995 wurde Oskar Lafontaine zum Parteivorsitzenden der SPD gewählt. Nach dem Mannheimer Parteitag entwickelten sich die Umfragewerte der SPD kontinuierlich aufwärts.

Neue rot-grüne Initiativen in der Stadtpolitik kennzeichneten auch das Jahr 1996. Es begann im März mit dem Antrag der SPD-Fraktion, den im Jahr 1988 erstellten ‚Bericht zur Lage der Familie‘ fortzuschreiben. Die Fortschreibung sollte sich diesmal auf Familien konzentrieren, die in Armut leben, von Armut bedroht sind oder in besonderen Belastungssituationen leben. D.h. angestrebt wurde ein erster Armutsbericht für die Stadt Gütersloh. In der Antragsbegründung hieß es u.a.: Seit dem Jahr 1988 haben sich die Aufwendungen für die Sozialhilfe vervielfacht, hat sich die Zahl der Arbeitslosen verdoppelt, die Zahl der Obdachlosen verdreifacht. Eine Teilfortschreibung des Familienberichts im Sinne eines Sozial- oder Armutsberichtes halten wir von der SPD-Fraktion für unbedingt erforderlich. Nur, wenn wir die Situation der sozial schwachen Familien in unserer Stadt kennen, können wir angemessene und solidarische Hilfe leisten.³⁷

Ein beispielhaftes Engagement des zuständigen Dezernenten für den Sozialbereich, Herrn Hammon, und der Leitung des Fachbereichs ‚Soziale Hilfen‘ führte bei der Erstellung des Berichtes zu einer mehrjährigen Kooperation mit der Universität Bielefeld. Ein Sonderforschungsbereich der Universität, unter der Leitung von Prof. Dr. Klaus Hurrelmann, nahm die Untersuchungen



zum Familien- und Sozialbericht in sein Qualifizierungsangebot auf. 130 Studenten arbeiteten an der Erhebung und Zusammenstellung der Daten mit. 2.400 Gütersloher Bürgerinnen und Bürger wurden interviewt. Im März 1989 legte das ‚Institut für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik‘ der Universität Bielefeld das Ergebnis vor. Es gab, neben der Fülle differenzierter ortsbezogener Einzeldaten, auch sehr überraschende Erkenntnisse. So stellte die Studie fest, dass in Gütersloh 13 Prozent aller Haushalte in Armut leben. D.h., in der „reichen“ Stadt entsprach der Anteil der von Armut betroffenen Familien exakt dem Bundesdurchschnitt. Auch im Hinblick auf die Konzentration sozial schwacher Familien in bestimmten Stadtbereichen belegte die Studie, dass viele Vorurteile nicht berechtigt waren. Der Einkommens- und Lebenslagenansatz des Berichtes zeigte eindeutig, dass Bildungs- und damit weitgehende Lebenschancen in unserer Gesellschaft stark von der Zugehörigkeit zu sozialen Schichten abhängig sind. In einer ergänzenden wissenschaftlichen Bearbeitung der Erkenntnisse aus dem Sozialbericht erarbeitete die Arbeitsgruppe der Universität „Strategien der Armutsprävention in der Stadt Gütersloh.“ Bei der Vorstellung dieser Empfehlungen im September 2001 stellte die SPD-Fraktion den Antrag: Die Verwaltung wird aufgefordert, den Bericht für die weitere Arbeit im Rahmen der Sozialplanung zu berücksichtigen, mit dem Ziel, für Gütersloh ein vernetztes soziales Frühwarnsystem zu entwickeln.³⁸

Orientiert am Modellversuch des Landes NRW unter dem Titel ‚Soziales Frühwarnsystem‘ wurde in den hauptzuständigen Fachbereichen Jugend, Soziales, Schule und in enger Kooperation mit dem Jugendhilfe- und dem Sozialausschuss für Gütersloh eine Zielperspektive für den Aufbau eines vernetzten sozialen Frühwarnsystems entwickelt. In Gütersloh waren mit den ‚Sozialraumarbeitsgemeinschaften‘ und der ‚Elternberatungsstelle‘ gute Ansätze für den Aufbau eines solchen Systems vorhanden. Ziel musste es sein, die vorhandenen Ressourcen unterschiedlicher Akteure verbindlich zusammenzuführen, damit es gelänge, Gefährdungspotentiale frühzeitiger wahrzunehmen und entsprechend frühzeitiger darauf zu reagieren. In einer gemeinsamen Sitzung des Jugendhilfe- und des Sozialausschusses im Dezember 2003 erklärte die Verwaltung dazu: Der Aufbau von sozialen Frühwarnsystemen wird für zwingend notwendig gehalten. Es gibt keine Alternative hierzu.³⁹

Eine weitere Initiative ging von der Fraktion Die Grünen aus, mit dem Ziel, Bebauungspläne nur dann aufzustellen, wenn eine gesicherte Realisierung zu



erwarten ist und zusätzlich mit den Grundstückseigentümern ein städtebaulicher Vertrag abgeschlossen wird, der es der Stadt ermöglicht, preiswertes Bauland an einkommensschwache Familien zu vermitteln. Bei wenigen Enthaltungen aus der CDU-Fraktion fand diese Initiative breite Zustimmung im Rat der Stadt und hat sich in mehr als 10jähriger Anwendung gut bewährt.

Kontrovers verlief im Mai 1996 die Auseinandersetzung um die Einrichtung eines Gestaltungsbeirates. Im Kommunalwahlprogramm von 1994 hatte die SPD einen solchen Beirat für die Stadt Gütersloh gefordert. Eine Arbeitsgruppe der Fraktion unter der Leitung von Gerd Lüdeling hatte sich in Nachbarstädten über die Erfahrungen mit solchen Beiräten informiert. Ziel war es, bei stadtgestalterisch wichtigen Projekten den Sachverstand von ortsansässigen Architekten und Vertretern der Heimatvereine beratend einzubeziehen. Im Herbst 1995 stellte der Heimatverein Gütersloh den Antrag auf Einrichtung eines Gestaltungsbeirates. In vier Sitzungen des Planungsausschusses wurde der Antrag kontrovers diskutiert. Hauptargument der Ablehnungsfront von CDU und FDP: Zwangsläufig träten Verzögerungen bei der Erteilung von Baugenehmigungen auf. In der Ratssitzung im Mai 1996 stimmten SPD und Grüne dem Antrag des Heimatvereins auf Einrichtung eines Gestaltungsbeirates zu, CDU und FDP blieben bei der Ablehnung. Ausgewiesener Sachverstand und ausgesprochene Fairness bei der Beurteilung vorgelegter Bauentwürfe von Kollegen haben dem Beirat bisher allseits Anerkennung verschafft.

Die Stadt Gütersloh hatte auch in den 90er Jahren große Flächen für die gewerbliche- (90 ha) und die Wohnnutzung (60 ha) ausgewiesen. Damit war die Verpflichtung verbunden, diesen Flächenverbrauch durch besondere Maßnahmen auszugleichen. Die SPD plädierte im Oktober 1996 dafür, die Ausgleichsflächen an Orten zu konzentrieren, die stadt- und landschaftsplanerisch besonders dafür geeignet sind. So entstand in der Planungsgruppe der SPD die Idee, langfristig im Gebiet zwischen der Kahlertstraße und dem Ortsteil Blankenhagen einen Landschaftspark/Stadtwald zu entwickeln. In der Stadt Gütersloh fehlt es, besonders im Westen und Norden, an öffentlichem Grün, der Osten ist mit dem Stadtpark gesegnet, und die Stadt ist arm an Waldflächen. Als siedlungsnaher Erholungs- und Freizeitfläche bietet sich das Gelände, das durch die Schlangenbachaue und schon vorhandene kleine Waldstücke gegliedert ist, in hervorragender Weise an. Auch für das



Stadtklima hat dieser Bereich eine besondere Bedeutung. Im Hinblick auf die zukünftigen Entwicklungen im Gebiet des Luttersees sollte frühzeitig eine Grünverbindung vom Mohns Park bis dorthin gesichert werden. Die vom Grünflächenamt vorgelegte Planung, die fachlich konkretisierte, dass eine Landschaftsgestaltung an dieser Stelle eine besondere Chance für Erholung und Freizeit, aber auch für die ökologische Aufwertung vorhandener Flächen darstellte, fand auch im Umweltausschuss Zustimmung. Die Schwierigkeiten, die sich bei der Realisierung dieses Projektes bald herausstellten, lagen vorrangig im Bereich des Grunderwerbs. Obwohl große Flächen nicht bewirtschaftet wurden, konnten keine größeren Teile erworben werden. Lediglich in zwei Bereichen, die im städtischen Besitz waren, sind bis jetzt ca. 2 ha Ackerland aufgeforstet worden. Auf die ausgezeichnete Planung des Grünflächenamtes könnte in Zukunft jederzeit zurückgegriffen werden.

Im September 1996 ehrte der Ortsverein seine treuen Mitglieder in einer Jubilärfest in der Parkschenke. Für 50jährige Mitgliedschaft wurden August Barteldrees, Willy Eichberg, Werner Hulka und Dr. Eva Thöl geehrt. Diese Genossinnen und Genossen waren in den Jahren 1945 und 1946, unter den schwierigen Bedingungen der unmittelbaren Nachkriegszeit, in die Partei eingetreten und hatten ihr über 50 Jahre die Treue gehalten.

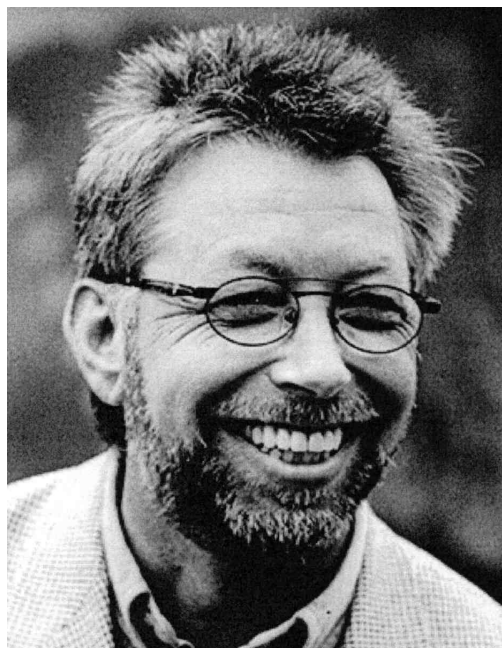


110 ORTSVEREINSVORSTAND IM JAHR 1997





Bei den turnusmäßig anstehenden Vorstandswahlen im Herbst 1997 wurde Kurt Schrader als Vorsitzender des Ortsvereins bestätigt (s. Abb. 110). Die Vorbereitungen für die Bundestagswahl im September 1998 begannen schon im September 1997. Katrin Fuchs, langjährige Bundestagsabgeordnete der SPD aus Verl, trat zu der bevorstehenden Wahl nicht mehr an. Zur Wahlkreiskonferenz am 20. September bewarben sich drei Kandidaten um ihre Nachfolge. Es waren Ulrike Merten, Jan Ziervogel und Klaus Brandner. Mobilisierungen im Vorfeld der Wahlkreiskonferenz deuteten darauf hin, dass es zu einer knappen Entscheidung kommen würde. Das Ergebnis lautete 74 Stimmen für



111

BUNDESTAGSKANDIDAT
KLAUS BRANDNER 1998

Brandner, 59 für Merten, 14 für Ziervogel. Damit war entschieden, dass der 1. Bevollmächtigte der IG-Metall Gütersloh die Nachfolge für Katrin Fuchs antreten würde.

Klaus Brandner (s. Abb. 111) wurde am 13. Januar 1949 im lippischen Kalletal-Bentorf geboren. „Politisch „wach“ wurde ich in der Schule durch die Auseinandersetzung mit der Deutschen Geschichte“, schreibt er selbst in seinen biografischen Ausführungen im Internet. Schon während der Ausbildung zum Elektromechaniker und dem Eintritt in die IG-Metall im Jahr 1965 wählten ihn die Auszubildenden zum Sprecher der betrieblichen Jugendvertretung. 1969 trat er in die SPD ein. Von 1973 bis 1983 war er Gewerkschaftssekretär und ab 1988 1. Bevollmächtigter der IG-Metall Gütersloh. Von den vielen Funktionen, die Klaus Brandner bis zu seiner Bundestagskandidatur im Jahr 1998 innehatte, seien hier nur noch zwei weitere aufgeführt: Ab 1980 war er Mitglied des Vorstands der IKK Gütersloh und ab 1989 Vorsitzender der Veranstaltergemeinschaft Radio Gütersloh e.V.

Die Leitung des Wahlkampfteams für die Bundestagswahl übernahm Ingrid Tiedtke-Strandt. Im März 1998 war durch den überzeugenden Wahlsieg Gerhard Schröders in Niedersachsen – er erreichte die absolute Mehrheit – die



Kandidatenfrage für den Kanzlerkandidaten vorentschieden. Mit Gerhard Schröder und dem Slogan „Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit“ zog die SPD in den Wahlkampf. Eine besondere Plakataktion plante die SPD in Gütersloh. Eine dreiteilige Plakatkampagne sollte die besondere Aufmerksamkeit für den SPD-Kandidaten wecken. Die Plakate gaben nur ausschnittsweise einen Blick auf Klaus Brandner frei, bevor dann nach drei Wochen das komplette Plakat im Kreis präsentiert wurde: ‚Mit Biss und Bürste: Klaus Brandner‘.

Zu Wahlkundgebungen in Gütersloh traten der Ministerpräsident Wolfgang Clement, der designierte Sozialminister Riester und Ulla Schmidt an. Die zentralen Themen des Wahlkampfs waren die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit und die Kombination von sozialer Verantwortung mit den Herausforderungen eines weltweiten Wettbewerbs. Das Spitzenteam Lafontaine/Schröder funktionierte gut im Wahlkampf. Gerhard Schröder hatte die Ausstrahlung eines Machers, ihm trauten die Menschen zu, die anstehenden Probleme in Deutschland besser lösen zu können als der noch amtierende Langzeitkanzler Kohl (s. Abb. 112).

Am Wahlabend war die Sensation perfekt, zum ersten Mal wurde ein Machtwechsel direkt von den Wählern herbeigeführt. Die SPD erreichte auf Bun-



112 SCHRÖDER, UNGER UND BRANDNER BEIM BERTELSMANN FORUM 1998



desebene 40,9 %, die CDU/CSU fiel auf 35,2 Prozent zurück. Auch in der Stadt Gütersloh erreichte die SPD mit gleichfalls 40,9 % die meisten Stimmen gegenüber der CDU, die auf 39,9 % zurückfiel. Den Wahlkreis hatte Klaus Brandner nicht gewinnen können, er zog aber über die Landesliste NRW in den Bundestag ein.

Am 27. Oktober wurde Gerhard Schröder zum Kanzler einer rot-grünen Regierungskoalition gewählt. Am 4. November 1998 übernahm Fritz Spratte die Leitung des Wahlkreisbüros für Klaus Brandner im Heinrich-Rüßkamp-Haus.

Im Hinblick auf die Kommunalwahl im Jahr 1999 gab es im Land NRW wesentliche Veränderungen. Durch die Reform der Gemeindeordnung wurde die sog. Doppelspitze, ehrenamtlicher Bürgermeister und hauptberuflicher Stadtdirektor, abgelöst durch die Direktwahl des Bürgermeisters, der zugleich hauptamtlicher Leiter der Stadtverwaltung wurde. Auch die bisher gültige Fünfprozenthürde für den Einzug in den Stadtrat entfiel.

Die Vorbereitungen für diese Kommunalwahl unter neuen Rahmenbedingungen begannen im Ortsverein der SPD im Frühjahr 1998. Gemeinsame Beratungen der drei Ortsvereinsvorstände aus Gütersloh, Isselhorst und Avenwedde-Friedrichsdorf kamen zu dem klaren Votum, über die Kandidatur für den hauptamtlichen Bürgermeister die Mitglieder entscheiden zu lassen. Zur Kandidatur bereit waren die Bürgermeisterin Maria Unger und der Erste Beigeordnete Dr. Klaus Wigglinghaus. Der Mitgliederbefragung ging im März 1998 eine Vorstellung beider Kandidaten in den Ortsvereinen voraus. In einem Zeitraum von zehn Tagen konnten die Mitglieder ihr Votum schriftlich abgeben. Bei einer Wahlbeteiligung von fast 75 % aller Mitglieder durfte man schon hier von einem Erfolg sprechen. Am 25. März um 19.45 Uhr stand das Ergebnis fest. Mit 74,6 % hatte Maria Unger den eindeutigen Sieg gegenüber ihrem Mitbewerber Dr. Klaus Wigglinghaus (25,4 %) errungen. „Ich hatte gehofft, vielleicht knapp zu gewinnen. Natürlich bin ich jetzt glücklich“, äußerte sich die Bürgermeisterin nach der Bekanntgabe des Ergebnisses.

Nach dieser so klaren Entscheidung für Maria Unger gelang es der Partei trotz der vorausgegangenen heftigen Debatten relativ schnell, sich geschlossen hinter der siegreichen Kandidatin zu sammeln, um gemeinsam für ihren Erfolg bei den anstehenden Wahlen zu arbeiten.

Entspannt und voller Zuversicht feierte der Ortsverein der SPD am 28. August 1998 sein 90jähriges Bestehen. Das Gründungsdatum 28.08.1908 bot



den gegebenen Anlass, einen Rückblick auf die wechselvolle Geschichte zu werfen und zugleich die verdienten langjährigen Mitglieder zu ehren. Werner Brinkord gehörte seit 50 Jahren dem Gütersloher Ortsverein an und war 19 Jahre, von 1956 bis 1975, Mitglied des Stadtrates. Unter dem Vereinsvorsitzenden Heinrich Struck verwaltete Werner Brinkord von 1952 bis 1956 die Finanzen des Ortsvereins. Damals, so sagte er, bestand die Ortsvereinskasse aus einer Zigarrenkiste. 50 Genossinnen und Genossen erhielten die Urkunde und das silberne Parteiabzeichen für ihre 25jährige Mitgliedschaft. Der Ortsvereinsvorsitzende Kurt Schrader sagte in seiner Festrede: „Wir wollen Rückschau halten, uns der eigenen Geschichte vergewissern und zusammen feiern, um Kraft zu tanken für zukünftige Herausforderungen.“

Die zusammenhängende Beschreibung der Geschichte der Sozialdemokratie in Gütersloh soll mit dem Rückblick auf das Jubiläum im Jahr 1998 abgeschlossen sein. Es ist noch nicht an der Zeit, die jüngste Vergangenheit in einem historischen Text zu erfassen. Einige wesentliche Daten und Fakten aus den Jahren 1999 bis 2008 werden nachfolgend noch im chronologischen Überblick dargestellt.

1999 – 2008 IM CHRONOLOGISCHEN ÜBERBLICK

Im März 1999 tritt Oskar Lafontaine als Finanzminister und Parteivorsitzender zurück.

Zum neuen Parteivorsitzenden wählt ein außerordentlicher Parteitag am 12. April 1999 in Bonn den Bundeskanzler Gerhard Schröder.

Am 12. September wird Maria Unger (SPD) mit 54,92 % der Stimmen zur ersten hauptamtlichen Bürgermeisterin gewählt. Der Kandidat der CDU, Dr. Krämer, erreicht 35,0 %.

Das Ergebnis für den Rat der Stadt lautet: CDU 44,33 %, SPD 35,95 %.

Neuer Fraktionsvorsitzender der SPD-Ratsfraktion wird der Studiendirektor Gerhard Lüdeling.

Der Ortsverein der SPD Gütersloh wählt im November 1999 Sabine Oklitz zur neuen Ortsvereinsvorsitzenden, ihr Stellvertreter wird Thomas Ostermann.

Bei den Landtagswahlen am 14. Mai 2000 kann Jürgen Jentsch den Wahlkreis zum vierten Mal direkt gewinnen. In der Stadt Gütersloh erreicht die SPD 42,45 %, die CDU 36,3 %. Ministerpräsident Clement bleibt in Düsseldorf im Amt.



113 VORSITZENDE DER SPD-RATSFRAKTION
INGRID TIEDTKE-STRANDT



114 SPD-FRAKTION VOR DEM ALTEN THEATER

Am 14. Dezember 2000 legt Gerhard Lüdeling sein Ratsmandat nieder. Nachfolgerin im Amt der Fraktionsvorsitzenden wird Ingrid Tiedtke-Strandt (s. Abb. 113).

Am 25. Januar 2001 beschließt der Kulturausschuss der Stadt einstimmig den Bau eines Theaters. Die SPD-Fraktion unterstützt die Initiative des Theaterfördervereins und finanziert einen Theaterstuhl (s. Abb. 114).

Die Jahreshauptversammlung der SPD bestätigt im Januar 2002 Sabine Oklitz als Ortsvereinsvorsitzende und wählt Michael Kohlmeyer zu ihrem Stellvertreter (s. Abb. 115).

Im März 2002 übernimmt Thomas Ostermann den Vorsitz des SPD-Stadtverbandes und am 20. April wird er Kreisvorsitzender der SPD im Kreis Gütersloh.

Bei der Bundestagswahl am 22. September 2002 erreicht die SPD in der Stadt Gütersloh mit 41,36 % die meisten Stimmen vor der CDU, die 36,19 % erzielt.



115 ORTSVEREINSVORSTAND IM JANUAR 2000

Klaus Brandner zieht über die Landesliste NRW in den Bundestag ein. Die rot-grüne Koalition unter Kanzler Schröder wird vom Wähler bestätigt.

Die Jahreshauptversammlung des Ortsvereins wählt Matthias Trepper als neuen Vorsitzenden, sein Stellvertreter wird Michael Kohlmeyer.

Am 29. Juni 2003 findet die Abstimmung über den von der BfGT („Bürger für Gütersloh“) initiierten Bürgerentscheid statt. Auf die Frage „Soll die Stadt Gütersloh trotz der Finanzkrise ein neues Theater bauen?“ stimmen 18.462 Bürger mit Nein, 5.880 beantworten die Frage mit Ja.

Im März 2004 übernimmt Franz Müntefering das Amt des Parteivorsitzenden der SPD.

Bei den Kommunalwahlen am 26. September 2004 erreicht Maria Unger wiederum ein überragendes Ergebnis. Mit 51,0 % der Stimmen gegenüber dem



116 LANDTAGSKANDIDAT HANS FEUSS 2005

Bewerber der CDU Burkhard Brockbals, der 33,4 % bekommt, erhält sie als Bürgermeisterin eine eindrucksvolle Bestätigung. Das Ergebnis zur Stadtratswahl lautet: CDU 40,25 %, SPD 32,11 %.

Auf der Kreiswahlkonferenz zur Nominierung des Landtagskandidaten am 27. November 2004 setzt sich Hans Feuß (s. Abb. 116) aus Harsewinkel gegen den Stadtverbands- und Kreisvorsitzenden Thomas Ostermann aus Gütersloh durch. Thomas Ostermann legt daraufhin seine Ämter nieder.

Bei der Landtagswahl am 22. Mai 2005 wird die rot-grüne Landesregierung abgewählt. Das Ergebnis in der Stadt Gütersloh: CDU 47,4 %. SPD 35,6 %.

Den Landtagswahlkreis Gütersloh II gewinnt nach 20 Jahren erstmals wieder die CDU.

Die Jahreshauptversammlung des Ortsvereins bestätigt am 6. Juli 2005 Matthias Trepper als Vorsitzenden, neue Stellvertreter werden Ute Jost und Fritz Spratte.

Trotz anderslautender Umfrageergebnisse erreicht die SPD bei den Bundestagswahlen am 18. September 2005 ein gutes Gesamtergebnis. Auch in der Stadt Gütersloh liegt die SPD mit 41,36 % gegenüber 36,19 % bei der CDU eindeutig vorn. In Berlin wird eine große Koalition aus CDU und SPD gebildet.

Im November 2005 wird Matthias Platzek, Ministerpräsident des Landes Brandenburg, neuer Parteivorsitzender. Aus gesundheitlichen Gründen muss er das Amt im April 2006 niederlegen. Der Parteitag wählt im Mai 2006 den Ministerpräsidenten Kurt Beck zum Parteivorsitzenden.



Der Ortsverein der SPD wählt im März 2007 Ute Jost zur neuen Vorsitzenden, ihr Stellvertreter ist Fritz Spratte (s. Abb. 117).

Die Abbildung 118 zeigt die SPD-Ratsfraktion im Jubiläumsjahr 2008 mit der Fraktionsvorsitzenden Ingrid Tiedtke-Strandt.



117 ORTSVEREINSVORSTAND IM JUBILÄUMSJAHR



118 SPD-RATSFRAKTION IM JUBILÄUMSJAHR





ANMERKUNGEN

GÜTERSLOH IM VORMÄRZ UND IN DER REVOLUTION VON 1848

- 1 Lenz, W.u.a., Gütersloh – wie es war, 3. Aufl. Gütersloh 1976, S. 5.
- 2 Miller, S., Potthoff, H., Kleine Geschichte der SPD, 4. Aufl., Bonn 1981, S. 282.
- 3 Zit. nach Eickhoff, Hermann, Geschichte der Stadt und Gemeinde Gütersloh, Gütersloh 1969, S. 234.
- 4 S. Schulte, Wilhelm, Volk und Staat, Westfalen im Vormärz und in der Revolution 1848/49, Regensbg. u. Münster 1954, S. 624 f.
- 5 Ebd. S. 624.
- 6 Gesamtdarstellung s. Sängler, Jochen, Die Arbeiterbewegung in Rheda, vom Rhedaer Kreis bis zur SPD heute, Gütersloh 1975.
- 7 Schulte, a.a.O., S. 624.
- 8 Ebd. S. 62.
- 9 S. Sängler, a.a.O., S. 11.
- 10 Lexikon der Deutschen Literatur, München 1958, S. 97.
- 11 Schulte, a.a.O., S. 625.
- 12 Ebd. S. 236 f.
- 13 Ebd. S. 237.
- 14 Lenz, Werner, Gütersloh von der Besiedlung bis 1975, Gütersloh 1975, S. 50.
- 15 S. Eickhoff, a.a.O., S. 267 ff.
- 16 Freitag, Werner (Hrsg.), Geschichte der Stadt Gütersloh, Bielefeld/Gütersloh 2001, S. 326/327.
- 17 Ebd. S. 278.
- 18 S. Schulte, a.a.O., S. 257.
- 19 Aufbau und Ausbau der ostwestfälischen Sozialdemokratie, Bielefeld 1993, S. 9 ff.
- 20 Eickhoff, a.a.O., S. 284.
- 21 Aus der Vorrede zu „Französische Zustände“ (18.10.1832), in: Heine, H., Sämtliche Schriften in 12 Bänden, hrsg. v. Briegleb, Klaus, München 1976, Bd. 5, S. 95.
- 22 Geschichte der Stadt Gütersloh, a.a.O., S. 328.

VERBOT DER POLITISCHEN BETÄTIGUNG DURCH DAS SOZIALISTENGESETZ

- 1 S. Monographie des Kreises Wiedenbrück, Männer der Verwaltung, Gütersloh 1972, S. 159 ff.
- 2 S. Miller/Potthoff, a.a.O., S. 284.
- 3 S. Lenz, a.a.O., S. 79.
- 4 Volkswacht v. 1.8.1925.
- 5 Kreisarchiv Wiedenbrück.



- 6 Kreisarchiv Wiedenbrück.
- 7 S. Parteivorst.d. SPD, Hrsg., SPD und das Gesetz gegen die Sozialdemokratie, Bonn 1978, o.S.
- 8 Volkswacht v. 1.8.1925.
- 9 S. Monographie, a.a.O., S. 166.

AUF DEM WEG ZUR POLITISCHEN MEHRHEIT IM WAHLKREIS

- 1 Monographie, a.a.O., S. 169.
- 2 Volkswacht (Beilage) v. 1.7.1910.
- 3 Ebd.
- 4 S. Monographie, a.a.O., S. 173.
- 5 Stadtarchiv Gütersloh, C 233.
- 6 Monographie, a.a.O. S. 174.
- 7 Ebd. S. 179.
- 8 Ebd. S. 181.
- 9 Ebd. S. 181.
- 10 Volkswacht (Beilage) v. 1.7.1910.

GRÜNDUNG SOZIALDEMOKRATISCHER ORGANISATIONEN IN GÜTERSLOH

- 1 S. Monographie, a.a.O., S. 57.
- 2 S. Volkswacht v. 27.9.1899.
- 3 Adressbuch (Gütersloh) 1911.
- 4 S. Kreisarchiv Wiedenbrück, IX. 557.
- 5 S. Volkswacht v. 9.3.1910.
- 6 Adressbuch (Gütersloh) 1911.
- 7 S. Volkswacht v. 1.8.1925.

1908 – ENTSTEHUNG DES SOZIALDEMOKRATISCHEN VEREINS

- 1 Adressbuch (Gütersloh) von 1907.
- 2 S. Lenz, a.a.O., S. 112.
- 3 Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeinde-Angelegenheiten der Stadt Gütersloh für die Jahre 1896 – 1907, Gütersloh 1908, S. 16 ff.
- 4 Gütersloher Zeitung v. 8.9.1908.
- 5 S. Freie Presse v. 9.8.1958.
- 6 S. Volkswacht (Beilage) v. 1.7.1910.
- 7 Volkswacht (Beilage) v. 1.7.1910.
- 8 Volkswacht (Beilage) v. 1.7.1910.

ZUNEHMENDE ERFOLGE TROTZ WIDERSTAND UND BEHINDERUNG

- 1 Volkswacht v. ? April 1911.
- 2 Volkswacht v. ? April 1909.



- 3 Volkswacht v. 20.12.1908.
- 4 Volkswacht v. 11.3.1909.
- 5 Volkswacht v. 9.5.1914.
- 6 Volkswacht v. 28.7.1909.
- 7 Gütersloher Zeitung v. 12.11.1908.
- 8 Gütersloher Tageblatt v. 15.11.1918.
- 9 Volkswacht v. ? Juli 1911.
- 10 Volkswacht v. 3.8.1912.
- 11 Extra-Ausgabe Vorwärts v. 31.7.1914.
- 12 Volkswacht v. 22.3.1913.
- 13 Gütersloher Zeitung v. 11.9.1911.

POLITISCHE ARBEIT IM ERSTEN JAHR NACH DER DEUTSCHEN REVOLUTION VON 1918

- 1 Einwohnerbuch der Stadt Gütersloh 1925, S. 8 h.
- 2 Gütersloher Zeitung v. 11.11.1918.
- 3 G. Beine, Gütersloher erzählen Geschichte, Gt. 1985, S. 73.
- 4 Gütersloher Zeitung v. 11.11.1918.
- 5 Gütersloher Zeitung vom 15.11.1918.
- 6 Zrt. nach Gütersloher Beiträge, Dez. 1993, Nr. 40/41, S. 873.
- 7 Volkswacht v. 17.12.1918.
- 8 Volkswacht v. 28.11.1918.
- 9 Volkswacht v. 27.12.1918.

MÜHEVOLLER EINSATZ FÜR DIE SICHERUNG DES DEMOKRATISCHEN SOZIALSTAATES

- 1 Rovin, Joseph, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, Frankfurt 1980, S. 121 f.
- 2 Volkswacht v. 22.8.1921.
- 3 Volkswacht v. 12.8.1920.
- 4 Volkswacht v. 14.3.1921.
- 5 Volkswacht v. 31.8.1921.
- 6 Volkswacht v. 6.12.1921.
- 7 Volkswacht v. 12.7.1921.
- 8 Volkswacht v. 12.7.1922.
- 9 Volkswacht v. ? 12.1922.
- 10 Gütersloher Beiträge zur Heimat- und Landeskunde, Heft 32/33, Dez. 73, S. 673
- 11 Volkswacht v. 30.7.1925.
- 12 Volkswacht v. 6.7.1925 u. Bericht der Unterbezirksleitung v. 1925, S. 9 (Kopie b. Verf.).
- 13 S. Barlev, Jehuda, Juden und jüdische Gemeinde in Gütersloh 1671 – 1943, Gütersloh 1977, S. 73 f.
- 14 Ebd. S. 74.
- 15 Geschichte der Stadt Gütersloh, a.a.O. S. 368 ff.
- 16 Volkswacht v. 5.2.1926.
- 17 Volkswacht (Beilage) v. 20.2.1926.
- 18 Volkswacht v. 16.4.1926.
- 19 Volkswacht v. 16.4.1928.
- 20 Gütersloher Zeitung v. 18.11.1929.



SOZIALDEMOKRATEN IM KAMPF GEGEN DIE NATIONALSOZIALISTEN

- 1 Daten und Fakten zu Organisationen der Nationalsozialisten in Gütersloh sind (wenn nicht anders angegeben) der Examensarbeit des Genossen Hans Steffek vom Juni 1982 entnommen.
- 2 Das Parlament, 13. – 20.6.1987, S. 12.
- 3 Helmut Heine im Bericht der NW v. 29.12.1982.
- 4 S. Gütersloher Zeitung v. 19.7.1932.
- 5 Volkswacht v. 5.9.1932.
- 6 Hilbk, Hans, Gütersloh der Kaiser und die Republik, Gt. 1989, S. 64.
- 7 Steffek, a.a.O., S. 67.
- 8 S. Verwaltungs-Bericht der Stadt Gütersloh für die Zeit v. 1.4.1932 bis 31. März 1938.
- 9 S. Steffek, a.a.O., S. 82.
- 10 Richter, Dr. Hans, Chronik der Stadt Gütersloh, Gütersloh 1933, S. 35 f.

EIN NEUER ANFANG FÜR DEMOKRATIE UND SOZIALISMUS

- 1 Lenz, a.a.O., S. 150
- 2 S. Freie Presse v. 21.5.1955.
- 3 S. Neue Westf. Zeitung v. 10.12.1945.
- 4 Stadtarchiv Gt, D 457.
- 5 S. Glocke v. 27.9.1975.
- 6 Freie Presse v. 11.9.1946.
- 7 Freie Presse v. 2.10.1946.
- 8 Freie Presse v. 12.10.1946.
- 9 S. Freie Presse April 1947
- 10 Freie Presse v. 15.10.1947.
- 11 Freie Presse v. 16.6.1948.
- 12 Stadtarchiv D 644, S. 8.
- 13 Freie Presse v. 20.10.1948.
- 14 Freie Presse v. 20.10.1948.
- 15 Die Glocke v. 27.9.1975.
- 16 Schreiben Carl Severing v. 31.5.1945, Archiv SPD Gt.
- 17 Freie Presse v. 10.7.1950.
- 18 S. Die Glocke v. 14.4.1950.
- 19 Freie Presse v. 22.10.1951.
- 20 Freie Presse v. 31.3.1952.
- 21 Freie Presse v. 11.7.1951.
- 22 Freie Presse v. 10.11.1956.
- 23 Freie Presse v. 25.3.1958.
- 24 Freie Presse v. 24.8.1957.
- 25 Freie Presse v. 8.4.1959.
- 26 Freie Presse v. 4.9.1961.

AUFBRUCH AUS VERKRUSTETEN STRUKTUREN

- 1 Freie Presse v. 8.3.1961.
- 2 Freie Presse v. 19.9.1964.



- 3 Ingeborg Bachmann/Werner Henze, Briefe einer Freundschaft, München 2004, S. 266.
- 4 Freie Presse v. 18.9.1965.
- 5 Neue Westf. v. 26.9.1969.
- 6 Neue Westf. v. 26.9.1969.
- 7 Redemanuskript, Archiv der SPD Gütersloh.

DIE „WILDEN“ 70ER JAHRE

- 1 Zitiert nach Kursbuch 11 vom Januar 1968, S. 185.
- 2 Herforder Thesen zur Arbeit von Marxisten in der SPD, Berlin Mai 1978.
- 3 Herforder Thesen, S. 9.
- 4 DDR-Kontakte und internat. Kontakte, E. Meinerts, Archiv der SPD Gütersloh.
- 5 Neue Westf. V. 4.6.1970.
- 6 S. Die Basis, Ausg. 4, Aug./Sept. 1970, S. 25/26.
- 7 Protokoll Bauausschuss v. 10.2.1977.
- 8 Neue Westf. v. 27.4.1977.
- 9 Neue Westf. v. 6.9.1978.
- 10 Landtag NW, Drucksache 8/1470 v. 9.11.1976, S. 1.
- 11 Gütersloher erzählen Geschichte, Hrsg. Stadt Gütersloh, Gütersloh 1985, S. 101.
- 12 Neue Westf. V. 9.2.1979.
- 13 Zitiert nach: Da hat sich was bewegt, Chronik 1979 – 1999, Gütersloh 1999, S. 8 (Hrsg. Frauen für Frauen e.V.).
- 14 Alte Weberei Greve & Güth, Bürgerzentrum für Gütersloh, Gütersloh 1980.
- 15 S. Protokoll Ratssitzung v. 26.6.1981, S. 10 ff.

OHNE FRIEDEN IST ALLES ANDERE NICHTS

- 1 Neue Westf. v. 4.9.2007.
- 2 S. SM-Magazin, Heft 11, Nov. 1983, S. 3.
- 3 Westfälische Rundschau v. 18.8.1980.
- 4 Neue Westf. v. 3.10.1980.
- 5 Ebd.
- 6 S. H. Potthoff, S. Miller, Kleine Geschichte der SPD, Bonn 2002, S. 250 ff.
- 7 S. Neue Westf. v. 28.11.1983.
- 8 S. Die Glocke v. 10.6.1988.
- 9 Unser Gütersloh, SPD-Gütersloh 1984, Archiv der SPD Gütersloh.
- 10 ‚Die SPD von innen‘, Bestandsaufnahme an der Basis der Partei, Bonn 1983.
- 11 Neue Westf. v. 8.1.1988.
- 12 Neue Westf. v. 27.6.1977.
- 13 Dieste, Norbert, Wirtschaft und Kommunale Selbstverwaltung, Zur Bedeutungs-
allokation industrieller Großbetriebe im politischen Prozeß der Stadt Gütersloh
(1973 – 1990), Sinzheim 1996.
- 14 Ebd. S. 307.
- 15 Die Glocke v. 19.3.1980.
- 16 Dieste, a.a.O., S. 305.
- 17 Die Glocke v. 26.3.1980.
- 18 Protokoll Hauptausschuss v. 6.6.1988.
- 19 Dieste, a.a.O., S. 218.



AUF DEM WEG ZUR NEUEN MEHRHEIT

- 1 Potthoff/Miller, a.a.O., S. 341.
- 2 Ebd. S. 342.
- 3 SPD Landesdienst Nr. 75, Febr. 1990, S. 40.
- 4 S. Neue Westf. v. 7.3.1990.
- 5 S. Neue Westf. v. 7.3.1990.
- 6 S. Flugblatt der SPD, Archiv der SPD Gütersloh.
- 7 S. Neue Westf. v. 18.1.1991.
- 8 Redemanuskript v. 18.3.1991, Archiv der SPD Gütersloh.
- 9 Neue Westf. v. 7.7.1987.
- 10 Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr v. 25.3.1992.
- 11 Neue Westf. v. 4.5.1998.
- 12 Protokoll Sozialausschuss v. 26.3.1992, S. 8.
- 13 Einladung zur Veranstaltung am 3.11.1992, Archiv SPD Gütersloh.
- 14 Neue Westf. v. 17.12.1992.
- 15 S. Protokoll Hauptausschuss v. 6.5.1980.
- 16 Protokoll Hauptausschuss v. 28.5.1990.
- 17 Neue Westf. v. 22.9.1990.
- 18 S. Westfalen Blatt v. 25.6.1993.
- 19 Ebd.
- 20 S. Neue Westf. v. 16.1.1993.
- 21 S. Neue Westf. v. 22.10.1985.
- 22 S. Westfalen Blatt v. 16.7.1987.
- 23 S. Neue Westf. v. 25.10.1988.
- 24 S. Protokoll Ratssitzung v. 12.6.1989.
- 25 Neue Westf. v. 4.11.1991.
- 26 S. Protokoll Ratssitzung v. 29.11.1991.
- 27 Gütersloher Notizen, Ausg. 9, Mai 1992, o.S.
- 28 Protokoll Ratssitzung v. 15.5.1992.
- 29 Ebd. S. 17.
- 30 Müll Zeitung, o.D., Hrsg. „Das bessere Müllkonzept im Kreis Gütersloh e.V.“
- 31 S. Neue Westf. v. 26.9.1994.
- 32 S. Westfalen Blatt v. 8.1.1994.
- 33 Kommunalwahlprogramm der SPD Gütersloh vom Mai 1994, Archiv der SPD Gütersloh.
- 34 s. Neue Westf. v. 17.10.1994.
- 35 s. Neue Westf. und Westfalen Blatt v. 5.11.1994.
- 36 Erklärung des SPD-Ortsvereins zum Kriegsende, 8. Mai 1995, Archiv der SPD Gütersloh.
- 37 s. Antrag Sozialausschuss v. 7.3.1996.
- 38 s. Protokoll Sozialausschuss v. 13.9.2001.
- 39 s. Verwaltungsvorlage 397/2003 v. 17.11.2003.



VERZEICHNIS DER ABBILDUNGEN

- 1 Justizrat Groneweg, mit frdl. Genehmigung des Verlages entn. aus: Eickhoff, H., a.a.O., S. 256
- 2 Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung v. 13.3.1848, Eickhoff, a.a.O., S. 267 f.
- 3 Sozialistengesetz
- 4 Anschreiben v. 1885 / Kreisarchiv
- 5 Aufstellung der Mitglieder der Sozialdemokratie / Kreisarchiv
- 6 Glocke-Aufruf v. 1903, entn. mit frdl. Genehmigung des Kreises Gütersloh aus: Monographie, a.a.O., S. 179
- 7 Carl Severing
- 8 Stadtplan der Stadt Gütersloh v. 1907
- 9 Altes Amtsgericht
- 10 Aufstellung der Ortsvereinsgründungen im Bezirk, Volkswacht v. 1.7.10
- 11 Versammlungsanzeige, Volkswacht v. 1910.
- 12 Versammlungsanzeige (Frauenversammlung), Volkswacht v. Jan.1919
- 13 Heinrich Wixforth
- 14 Franz Birkhan
- 15 Versammlungsanzeige, Volkswacht v. 30.7.1920
- 16 Versammlungsanzeige, Volkswacht v. 30.8.1921
- 17 Aufruf, Volkswacht v. 7.11.1923
- 18 Büttnersches Haus, Kaiserstraße
- 19 Schalmeyenkapelle Gütersloh
- 20 Bericht über die Beerdigung H. Rüßkamp, Volkswacht v. 11.7.1932
- 21 Gedenktafel für Heinrich Rüßkamp
- 22 Bericht – Jubilarehrung, Volkswacht v. 27.2.1933
- 23 Volkswacht, letzte Ausgabe v. 27.2.1933
- 24 Ausflug zur Hohensyburg
- 25 Gütersloh 1945 u. Vorkriegszeit, Archiv Kopp
- 26 Gütersloh 1945 u. Vorkriegszeit, Archiv Kopp
- 27 Adam Weinand
- 28 Mitgliedsbuch v. 1945
- 29 Fritz Bohnenkamp
- 30 Parteibüro
- 31 Anzeige der SPD im Wahlkampf 1947, Freie Presse v. April 1947
- 32 Hans Hossius
- 33 Hermann Diestelmeier
- 34 Hermann Vogelsang
- 35 Überreichung des Bundesverdienstkreuzes an H. Vogelsang
- 36 Karnevalsfeier der SPD-Frauengruppe im Februar 1952
- 37 Dr. Kurt Schumacher
- 38 Johann Sewerin



- 39 Verabschiedung der Ratsmitglieder Amtenbrink und Meier
- 40 Jubiläum der SPD-Frauengruppe
- 41 Ehrenurkunde für Rosa Struck
- 42 Willy Brandt 1961 in Gütersloh
- 43 Reinhard Crusius
- 44 Heinrich Junker
- 45 Wahlwerbung Sept. 65
- 46 Irene Utpadel
- 47 Manfred Walhorn
- 48 Günther Schandert
- 49 SPD-Frauengruppe 1961, Foto: Wolfgang Knott
- 50 AfA-Vorstand im Gründungsjahr 1973
- 51 Dankschreiben von Willy Brandt vom Frühjahr 1972
- 52 SPD-Demonstration gegen den Vietnamkrieg am 22. Jan. 1973 in der Gütersloher Innenstadt
- 53 Dieter Knobelsdorf, Foto: Wolfgang Knott
- 54 Demo gegen Flurbereinigung, Foto: K. Piepenbrock
- 55 SPD-Ratsfraktion im Jahr 1975
- 56 Titelzeile NW vom 30.07.1978
- 57 SPD-Sommerfeste an der Verler Straße. Auf dem Bild u.a. Minister Hans Schwier und Altbürgermeister Hermann Vogelsang, Foto: Wolfgang Knott
- 58 Die Weberei Greve & Güth im Jahre 1981, Foto: Die Glocke
- 59 Ortsvereinsvorstand 1979 im Hotel Kaiserhof
- 60 Bundestagskandidatin Katrin Fuchs 1980
- 61 von links: Katrin Fuchs, Erhard Eppler, Günther Schandert, Marianne Kohlmeyer, 14. Nov. 1981
- 62 Flughafenblockade am 15.10.1983, Foto: Die Glocke
- 63 22.10.1983 Friedensdemo in Bonn, Foto: SM-Magazin Nov. 1983, Titelfoto: Nordmann
- 64 Eva Meinerts
- 65 Aktion: Eva meint: hier fehlt ein Baum
- 66 Willy Brandt am 18. Sept. auf dem Berliner Platz
- 67 Irene Müller 1980, Abdruck mit freundlicher Genehmigung der Künstlerin
- 68 Wahl Marianne Kohlmeyers zur Ortsvereinsvorsitzenden
- 69 Ortsvereinsvorstand im Februar 1981
- 70 Dr. Klaus H. Wigglinghaus
- 71 Willy Brandt, Foto: Wolfgang Knott
- 72 Jubilare und Chor ‚Weberknechte‘, Foto: Wolfgang Knott
- 73 Emma Eichberg
- 74 Bürgergruppe mit SPD-Plakat
- 75 Mechthild Rothe
- 76 Marianne Kohlmeyer
- 77 Volker Tappe
- 78 Willy Eichberg
- 79 Ehrenbürgerbrief Willy Eichberg
- 80 Jürgen Jentsch
- 81 Wahlplakate – Landtagswahlkampf 1985
- 82 Woldemar Winkler, Gütersloh 1977 mit frdl. Genehmigung des Weidlich Verlags
- 83 Lothar Trede
- 84 Bürgerversammlung zum Thema ‚Kaiserhof‘ in der Stadthalle März 1980, Foto: Die Glocke
- 85 Mitglieder der SPD-Fraktion mit einem Gütersloher Architekten am Heimathaus



- 86 Christine Göbel
- 87 Ortsvereinsvorstand 1989, Foto: NW
- 88 Johannes Rau, Berliner Platz im Juni 1989, Foto: Die Glocke
- 89 Norbert Kruse auf dem Marktplatz in Waren
- 90 Egon Bahr mit Gütersloher Sozialdemokraten und dem Ortsvereins-Vorsitzenden von Waren, Günter Rhein, Foto: Wichelmann/ NW
- 91 Seminargruppe aus Waren und Gütersloh am Burghotel Blomberg
- 92 Unterzeichnung der Patenschaftsvereinbarung zwischen den Ortsvereinen Waren/ Müritz und Gütersloh am 16. Nov. 1990 im Brauhaus
- 93 Demonstration im Januar 1991 gegen den Golfkrieg, NW v. 14. Jan. 1991
- 94 Kurt Schrader
- 95 Parkbad, historisches Foto aus dem Jahr 1928, Foto: Stadtarchiv Gütersloh
- 96 Kinder an die Macht, Foto: Die Glocke
- 97 Dr. Eva Thöl
- 98 Plakatwand am Kolbeplatz
- 99 RAF-Flughafen Gütersloh, Foto: Die Glocke
- 100 NW vom 30.05.1990
- 101 Übergabe der Unterschriften gegen einen Zivilflughafen beim Regierungspräsidenten in Münster
- 102 Protestplakat des Vereins ‚Das bessere Müllkonzept e.V.‘, Foto: Stadtmuseum Gütersloh
- 103 Demonstration auf dem vom Kreis Gütersloh gekauften Grundstück für eine MVA im Nov. 1991
- 104 NW v. 31.12.1992
- 105 Demonstration gegen die MVA im April 1994, Foto: NW
- 106 Maria Unger, Foto: NW
- 107 Am Wahlabend im Heinrich-Rückkamp-Haus, Foto: NW
- 108 Am Wahlabend auf dem Weg ins Rathaus
- 109 Landrätin Ursula Bolte
- 110 Ortsvereinsvorstand im Jahr 1997
- 111 Bundestagskandidat Klaus Brandner 1998
- 112 Schröder, Unger und Brandner beim Bertelsmann Forum 1998, Foto: NW
- 113 Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Ingrid Tiedtke-Strandt
- 114 SPD-Fraktion vor dem alten Theater
- 115 Ortsvereinsvorstand im Januar 2000
- 116 Landtagskandidat Hans Feuß 2005
- 117 Ortsvereinsvorstand im Jubiläumsjahr
- 118 SPD-Ratsfraktion im Jubiläumsjahr

VERFASSER



Manfred Brinker

Studiendirektor i.R.

Geboren 1940 in Isselhorst, Studium ev. Theologie und Politikwissenschaft,

Lehrer an Berufsschulen der Stadt Bielefeld, zuletzt als Fachleiter zur

Koordinierung schulfachlicher Aufgaben am Carl-Severing-Berufskolleg.

Mitglied im Rat der Stadt Gütersloh von 1979 bis 2004.

Stadtältester.

Mitarbeiter des Stadtmuseums Gütersloh.



IMPRESSUM

Herausgeber: SPD Ortsverein Gütersloh
Heinrich-Rüßkamp-Haus
Hohenzollernstraße 28
33330 Gütersloh

Text: Manfred Brinker
Gestaltung: Eckard Kleßmann
Druck: Hans Kock Buch- und Offsetdruck, Bielefeld

Titelfoto: Friedensdemonstration am 22.10.1983
in Bonn. Rechts im Vordergrund die blauen Fahnen
der Gütersloher Sozialdemokraten. Foto: Nordmann

